

ÖKOSTEUERNEWS 22 – AUGUST 2003

NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR ÖKOSOZIALEN FINANZREFORM

FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM (FÖS) E.V.

GREEN BUDGET GERMANY

Briener Str. 44 80333 München <http://www.foes-ev.de>
Fon 089-520113-13 Fax 089-520113-14 foes@foes-ev.de

In Zusammenarbeit mit Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.
und mit finanzieller Förderung von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt.*

Da die Förderung nur einen Teil der Kosten abdeckt, sind wir auf Spenden unserer
Leser dringend angewiesen (Spendenkonto: GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67, Konto 804 371 3000).

*Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung
privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

ISSN 1611-4035

Inhalt dieser Ausgabe

1.	EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL	1
2.	ÖFR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND	4
3.	ÖFR-DISKUSSION INTERNATIONAL	7
4.	BUND: NACHRICHTEN UND KOMMENTARE	9
5.	WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN DEUTSCHLAND	11
6.	WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN INTERNATIONAL	17
7.	BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER.....	23
8.	JOBS.....	23
9.	LINKS UND PUBLIKATIONEN.....	27
10.	VERANSTALTUNGEN.....	30
11.	FÖS: IN EIGENER SACHE	33

1. EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL

Liebe Freunde der Ökosteuer und Leser des ÖSN,

Während die BILD-Zeitung wegen der anhaltenden Hitze vom Kanzler Freibier und Himbeereis auf Krankenschein fordert, ist unsere Aufforderung sehr viel ernsthafter und einfacher umzusetzen: Besu-

chen Sie die interessante Tagung am 11. September im Umweltbundesamt in Berlin mit dem Titel: **Von der sozialen zur ökologisch-sozialen Marktwirtschaft**, die der FÖS und die Stiftung für Ökologie

und Demokratie veranstalten. Als Referenten konnten Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik gewonnen werden. Sie werden aufzeigen, wie der Weg zur ökologisch-sozialen Marktwirtschaft aussieht, was schon realisiert wurde und wo es noch Handlungsbedarf gibt. Selbstverständlich wird die Ökologische Steuer- und Finanzreform als wichtiger Baustein einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft umfassend behandelt. Den Abschluss der Tagung bildet eine Podiumsdiskussion unter Einbezug des Publikums.

Als Referenten bzw. Diskussionsteilnehmer konnten gewonnen werden:

- Ernst-Ulrich von Weizsäcker, MdB
- Dr. Josef Riegler, Vizekanzler a.D. der Republik Österreich, Präsident des Ökosozialen Forums Österreich, FÖS- Beiratsmitglied
- Prof. Dr. Heinrich Freiherr von Lersner, Präsident des Umweltbundesamtes a.D.
- Dr. Gerhard Timm, BUND- Geschäftsführer
- Prof. Dr. Hans Christoph Binswanger, St. Gallen, FÖS- Beiratsmitglied
- Dr. Anselm Görres, Vorsitzender des FÖS
- Kai Schlegelmilch, Referent im BMU und stlv. Vorsitzender des FÖS
- Hans-Joachim Ritter, Vorsitzender der Stiftung Ökologie und Demokratie e.V.
- Dr. Hans-Jürgen Nantke, Leiter des Fachbereichs I im Umweltbundesamt
- Mathias Berkel, Unternehmer, Pfälzische Spritfabrik Berkel
- Dr. Rainer Matejka, Präsident des Deutschen Naturheilbundes
- Oswald Metzger, Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Von der sozialen Marktwirtschaft zur ökologisch-sozialen Marktwirtschaft

Am 11.09.03 10:00 bis 17:00 im Umweltbundesamt in Berlin

Veranstaltung der Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V. und des Fördervereins Ökologische Steuerreform zum „Tag der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft“ im Umweltbundesamt.

Das ausführliche Programm finden Sie hier: <http://www.foes-ev.de/110903Programm.html>

Das Anmeldeformular gibt es hier: <http://www.foes-ev.de/ANMELDEF.DOC>

Bitte melden Sie sich kurzfristig bis zum 22. August mit dem oben angegebenen Anmeldeformular an.

Der Gründungstag der Stiftung für Ökologie und Demokratie, der 12.9., wurde 2000 erstmals mit einer gemeinsamen Presseerklärung als „Tag der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft“ von Bundeswirtschaftsminister Dr. Werner Müller und Hans-Joachim Ritter proklamiert (<http://www.stiftung-oe-kologie-u-demokratie.de/marktwirtschaft/presseerklaerung.htm>).

Im Folgenden finden Sie den versprochenen Bericht über die Weltökosteuerkonferenz in Sydney, Beiträge zur Diskussion um die Dieselbesteuerung, Interessantes zum (angeblichen) 3-l-Auto, Artikel zum Klimawandel, zahlreiche Stellenangebote und vieles mehr.

Wie immer wünschen wir viel Spaß bei der Lektüre und freuen uns über Rückmeldungen und Reaktionen! Ihr FÖS-Team

München: ÖkoSteuerNews und FÖS bald vor dem Aus?

Gerade weil wir in den letzten Jahren so erfolgreich in der Akquisition von Projekten waren, haben wir vielleicht zu wenig auf unsere strukturellen Schwächen geachtet. Von 1999 bis 2003 ist unser Budget kontinuierlich gestiegen, von 63 TEURO auf 109 TEURO. In diesem Anstieg spiegelt sich unsere er-

folgreiche Akquisition und Bearbeitung deutscher und internationaler Projekte wieder.

Doch was diese Zahlen uns vielleicht übersehen ließen: Unsere Eigenfinanzierung aus Beiträgen und Spenden ist seit Jahren rückläufig. Waren es 1998 noch 81 TEURO, so hat sich dieser Betrag im Jahr

2002 auf 11 TEURO reduziert.

Solange wir trotz rückläufiger Eigenfinanzierung erfolgreich neue Projekte „an Land ziehen“ können, mag dies gerade noch angehen. Doch in nächstem Jahr stehen wir vor großen Problemen. Nach zweimaliger Verlängerung wird die Förderung des Umweltbundesamtes für unseren deutschsprachigen Newsletter im Februar 2004 endgültig auslaufen. Wir können uns darüber nicht beklagen, denn so sind nun einmal die Spielregeln – und natürlich sind wir sehr dankbar, dass es überhaupt so lange möglich war. Auch die Förderung des englischen Newsletters (*GreenBudgetNews*) endet planmäßig im März 2004. In Brüssel wie in Berlin gelten eben strenge Regeln für die Projektförderung, und seien die Projekte noch so edlen Zwecks.

Natürlich sind wir nicht untätig geblieben. Es laufen Anträge für Projekte auf nationaler wie auf europäischer Ebene. Doch zum einen werden wir das Schicksal dieser Anträge vermutlich erst 2004 erfahren, zum andern kann es so grundsätzlich nicht weiter gehen. Wir müssen den Sockel an solider, berechenbarer Eigenfinanzierung wieder erhöhen, um unabhängiger von den Zufällen der Projektför-

derung zu werden, und die Nachhaltigkeit auch unserer Arbeit sichern zu können.

Nach diesen Vorbemerkungen wird es Sie, liebe Leser, wenig überraschen, wenn jetzt ein Appell an Ihre Großzügigkeit folgt. Dabei geht es nicht um große Summen – uns helfen auch die kleinen, vor allem die regelmäßigen Überweisungen. Vielleicht rechnen Sie einmal nach. Die volle Mitgliedschaft beim FÖS kostet 200 € im Jahr. Täglich also kaum mehr als 50 Cent – das ist weniger, als die meisten derzeit für Eis ausgeben. Wer weniger ausgeben will, kann Fördermitglied werden, schon für 60 € im Jahr. Grob gerechnet, ein ziemlich kleines Eis *pro Woche*. Ist das kein Angebot? Natürlich muss niemand Mitglied werden, um uns zu fördern. Wir nehmen das Geld auch einfach so, als Einmal- oder Dauer-spende. Da sind wir nicht zimperlich.

Und für manche Unternehmen oder Institutionen - arbeiten Sie nicht auch in einer solchen? - gibt es die auch steuerlich interessante Möglichkeit, dem FÖS eine großzügige Spende zukommen zu lassen.

Trotz unserer aktuellen Finanzsorgen allen unseren Lesern eine schöne Ferienzeit – Ihr Anselm Görres, Vorsitzender

Hamilton und Sydney – Ökosteuerkonferenzen am anderen Ende der Welt

Erfahrungsbericht von der Ökosteuerkonferenz in Sydney

[Andrea Kuss, FÖS] Vom 5. bis 7. Juni fand in Sydney die „Fourth Annual Global Conference on Environmental Taxation Issues, Experience and Potential“ statt, die mit 150 Teilnehmern aus 25 Ländern bisher größte Konferenz in dieser Reihe. Vorwiegend Vertreter aus der Wissenschaft, aber auch aus Politik, Verwaltung und NGOs, stellten in verschiedenen Sessions ihre neuesten Forschungsergebnisse und Erfahrungen aus der Praxis vor. Mit beispielsweise dem australischen Umweltminister Dr. David Kemp, Dr. Jean-Philipp Barde, Umweltdirektor der OECD, und Dr. Kerry Schott von der australischen Environment Protection Authority waren die Beiträge teilweise prominent besetzt. In diesem Rahmen konnten wir viele neue Kontakte knüpfen, sowie Leser und Autoren für unseren englischen Newsletter *GreenBudgetNews* gewinnen.

Bei den Vorträgen und Gesprächen wurde deutlich, wie unterschiedlich der Wissens- und Entscheidungsstand in den verschiedenen Ländern ist und wie weit im Vergleich dazu die Diskussionen in Europa bereits gehen. In anderen Regionen der Welt

muss andererseits aber auch mit völlig anders gelagerten Problemen gerechnet werden: so ist es in Entwicklungsländern aufgrund des niedrigen Einkommensniveaus sehr schwierig, Energie oder Wasser zu besteuern und es liegen kaum Informationen über den Industriesektor vor, so dass dort eine Steuer äußerst ineffizient wäre. Äußerst unterschiedlich sehen auch die Environmental Taxes an sich aus; während bei uns vorrangig die Energiebesteuerung im Rahmen einer Ökologischen Steuerreform diskutiert wird, wird z.B. in Australien Wasser besteuert, in Irland Plastiktüten und in Kanada darüber nachgedacht, wie man mit steuerlichen Mitteln die Biodiversität erhalten kann.

Auch von den Ansätzen her bot die Konferenz eine große Bandbreite. Es wurden Erfahrungen aus einzelnen Ländern diskutiert, die Möglichkeiten von Umweltsteuern im Agrarbereich, der Zusammenhang zum Klimawandel und erneuerbaren Energien, aber auch sehr theoretische Fragestellungen wie Modelle für die Umweltwirkung oder zur Diskussion um die Doppelte Dividende.

Die offene Art der Diskussion und die Unvoreingenommenheit der meisten Teilnehmer führte zu interessanten Gesprächen in den Pausen, ungeachtet aller Alters- und Hierarchieebenen. Die *GreenBudgetNews*, die wir im Rahmen des Conference Dinners vorstellen konnten, stießen auf breites Interesse, so dass sich auch in dieser Hinsicht die Konferenz ausgezahlt hat. Äußerst motivierend war das

Gefühl, Teil einer weltweiten Bewegung und Anstrengung zu sein und dass ungeachtet der zahlreichen Unterschiede innerhalb der Diskussion und Ausgestaltung alle das gleiche Ziel verfolgen.

Die 5. Konferenz wird nächstes Jahr vom 09. bis 11. September in Pavia stattfinden (Kontakt: <mailto:majocchi@unipv.it>).

2. ÖFR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND

ÖDP fordert Besteuerung von Uran und Plutonium

[Pressemeldung Ökologisch-Demokratische Partei, 18.07.2003] Die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) fordert die Besteuerung von Uran und Plutonium nach den üblichen Sätzen der Ökosteuer. Selbst wenn diese nach dem niedrigsten Steuersatz bewertet werden, so kommen jährlich rund eine Milliarde Euro zusammen, so ÖDP - Bundesvorsitzender Prof. Dr. Klaus Buchner. Statt einer weiteren Neuverschuldung fordert die ÖDP mit diesem konsequenten Schritt einen Beitrag zum Schuldenabbau zu leisten. Nachdem Bundesfinanzminister Eichel

jüngst angekündigt hat, vor allem Subventionen abzubauen, schlägt die ÖDP daher vor, bei der Atomenergie anzufangen. Auch die eingeschränkte Haftpflicht für Atomkraftwerke und die steuerfreien Milliarden-Rückstellungen hält Buchner für skandalös. "Der Bundeshaushalt ist total verschuldet." Der Bundestag wird daher aufgefordert, sich gegen die versteckten Atom-Förderungen auszusprechen. Leider sei aber zu erwarten, dass die Politik vor den Atomkraftwerksbetreibern einknicke, befürchtet Buchner. Weitere Informationen: <http://www.oedp.de>

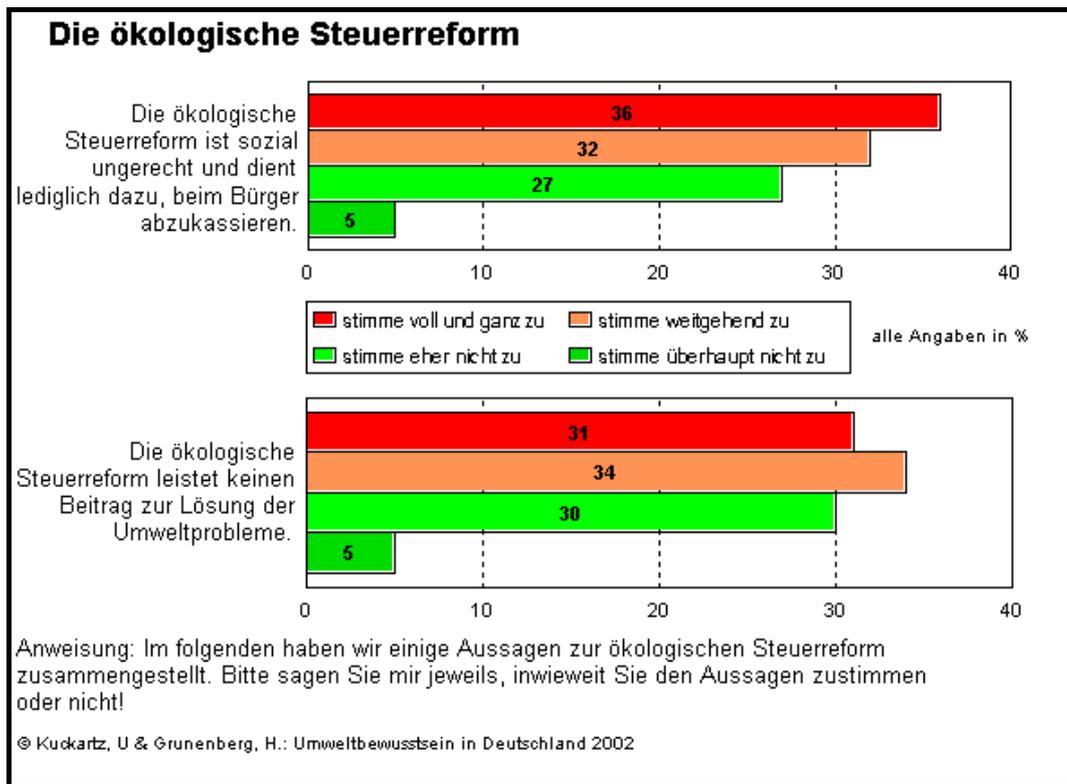
Widersprüchliche Bewertung der ÖSR

[<http://www.umweltbewusstsein.de>] Am 3. Juli 2002 wurde im Bundesumweltministerium die neue Studie "Umweltbewusstsein in Deutschland 2002" vorgestellt.

Wir stellen die Ergebnisse zur ÖSR vor: Die Ökologische Steuerreform wird von den Befragten widersprüchlich bewertet. Einerseits wird das Prinzip "Wer mehr Umwelt und Ressourcen verbraucht, der soll auch entsprechend mehr bezahlen" von einer breiten Mehrheit (79%) akzeptiert. Andererseits wird die Ökosteuer als sozial ungerecht empfunden. Bei den umweltengagierten Personen ist die Akzeptanz der Ökosteuer größer. Ebenso steigt die Zustimmung mit steigender Bildung und steigendem

Einkommen. Hätte die Bevölkerung zu entscheiden, dann würde sie die durch die Ökosteuer erzielten zusätzlichen Einnahmen für den Umweltschutz einsetzen und nicht zur Senkung der Lohnnebenkosten. Nur jeder Vierte würde die Einnahmen zur Senkung der Rentenbeiträge verwenden und nur 9% würden sie zur Senkung der allgemeinen Staatsverschuldung benutzen. In der Verwendungsfrage sind die Umweltengagierten noch entschiedener: Sie sähen am liebsten die Förderung von Umweltschutzprojekten, Investitionen in erneuerbare Energien und Maßnahmen für den Klimaschutz.

<http://www.empirische-paedagogik.de/ub2002neu/indexub2002.htm>



Auch die Studie PETRAS zielte darauf ab, die Akzeptanz einer Ökologischen Steuerreform in der Bevölkerung und der Industrie in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Dänemark und Irland zu analysieren. Obwohl eine Ökologische Steuerreform einerseits in weiten Kreisen als ein geeignetes Instrument zur Erreichung ökologischer, ökonomischer und arbeitsmarktpolitischer Ziele betrachtet

wird, ist ihre Umsetzung andererseits weiterhin durch Akzeptanzprobleme limitiert. Mit der Studie soll dazu beigetragen werden, das Design einer Ökologischen Steuerreform zu verbessern, es praktischen Erfordernissen anzupassen und damit die politische Akzeptanz gegenüber einer Ökologischen Steuerreform zu verbessern.

<http://www.soc.surrey.ac.uk/petras/>

Diskussion über Dieselsteuer gestoppt?

[\[http://www.welt.de/data/2003/07/22/138852.html?s=2\]](http://www.welt.de/data/2003/07/22/138852.html?s=2)
Die in den Koalitionsparteien losgetretene Diskussion über eine Erhöhung der Steuer auf Diesel ist von Kanzler Schröder gestoppt worden. "Wir haben nicht vor, beim Dieselkraftstoff irgendetwas zu ändern", stellte der SPD-Chef in Berlin klar. Die Bundesregierung sei "dezidiert anderer Auffassung" als diejenigen, die die Erhöhung der Dieselsteuer gefordert hätten. Umweltminister Jürgen Trittin erklärte, vorrangig sei eine Verschärfung der Grenzwerte beim Russpartikelausstoß.

Schröder sagte, er habe die entbrannte "Sommerlochdebatte" mit "Missvergnügen" verfolgt. Eine solche Diskussion schade dem Vertrauen der Verbraucher. Es gehe dabei nicht um Subventionsabbau, sondern um eine Steuererhöhung. Diese hatten unter anderem die Grünen-Politikerin Antje

Hermenau und SPD-Vorstandsmitglied Hermann Scheer gefordert, da die Steuerermäßigung auf Diesel dem Staat Einnahmeverluste in Milliardenhöhe bringe und aus ökologischer Sicht keinen Sinn mache.

Der stellvertretende Regierungssprecher Hans-Hermann Langguth und der Sprecher des Finanzministeriums, Jörg Müller, wandten sich gegen die Aussage, dass Diesel steuerlich begünstigt werde. Der geringeren Dieselsteuer stehe eine wesentlich höhere Kfz-Steuer gegenüber.

Trittin sagte, bei rund 14 000 Toten infolge des Russpartikelausstoßes bei Dieselfahrzeugen müssten zunächst die Grenzwerte verschärft werden. Ein entsprechender Vorschlag werde der EU-Kommission in Absprache mit der französischen Regierung gemacht. Die Verschärfung der Grenzwerte habe

für die Bundesregierung "starke Priorität".

Grünen-Chef Reinhard Bütikofer distanzierte sich ausdrücklich von den Aussagen Scheers und Hermaeus. Deren Vorstoß sei "politisch und in der Sache nicht richtig". Beide hätten sich "unzuständig-erweise" geäußert, sie sprächen nicht für ihre Parteien. "Die Grünen, einschließlich des Umweltministers Jürgen Trittin, teilen ausdrücklich das Missvergnügen des Bundeskanzlers über diese Debatte", sagte Bütikofer.

Kritik an den Steuervorschlägen kam von Opposition und Lobbyverbänden. Der bayerische Umweltminister Werner Schnappauf (CSU) erklärte, statt klare Umweltziele zu setzen, würden mit einer "undurchdachten Steuerdebatte" die Bürger verunsichert. Der verkehrspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Horst Friedrich, sagte, Diesel sei in den meisten Nachbarländern billiger, was zu "Tanktourismus in großem Stil" führe. Leidtragende seien Tankstellen und das Transportgewerbe. Der Bundesverband Deutscher Groß- und Außen-

handel forderte eine Senkung der Dieselsteuer auf den EU-Durchschnitt, "um den freien Wettbewerb in Europa wiederherzustellen." Der Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung erklärte, wer die Dieselsteuer erhöhen wolle, "vernichtet mutwillig und bewusst deutsche Arbeitsplätze". Der Auto Club Europa (ACE) sprach von "Unfug im Sommerloch". Wenn es darum gehe, die Autoindustrie zum Einbau von Filtern zu animieren, dürfe "der Wink mit dem Zaunpfahl" nicht an die Konsumenten gehen. Laut ADAC ist der Dieselmotor unter Umweltgesichtspunkten wegen des geringeren Verbrauchs das umweltfreundlichere Motorenkonzept. Der Verband der Automobilindustrie (VDA) kritisierte, die Automobilkonjunktur, die nach vier Jahren rückläufiger Inlandsnachfrage erste Anzeichen einer Stabilisierung zeige, drohe "durch diese absolut unverantwortliche Stimmungsmache gegen deutsche Spitzentechnologie erneut mutwillig abgewürgt zu werden".

Diskussion über Angleichung der Dieselsteuer an die Benzinsteuern

[Pressemitteilung vom 21.07.03 von Eurosolar e.V. und Kommentar] Zur Diskussion über die Angleichung der Dieselsteuern an die Benzinsteuern erklärt Dr. Hermann Scheer, MdB, Präsident von EUROSOLAR:

Die Diskussion über die Angleichung der Besteuerung von Dieselmotoren an die Benzinsteuern sollte weniger reflexhaft geführt und nicht aus dem Zusammenhang gerissen werden. Dies gilt zumindest für meinen Vorschlag: Ich habe nämlich ausdrücklich darauf hingewiesen, dass eine stufenweise Angleichung der Besteuerung im Zusammenhang mit der vollständigen Steuerbefreiung der Biokraftstoffe gesehen werden muss. Das diesbezügliche Gesetz ist seit dem 1.1.2003 in Kraft. Es bezieht sich nicht nur auf Pflanzenöl, sondern auch auf andere Formen von Biokraftstoffen wie Bio-Ethanol und biosynthetische Kraftstoffe, deren Produktion vor wenigen Wochen in Deutschland begonnen wurde und die von Autokonzernen wie Daimler Chrysler und Volkswagen favorisiert werden. Neue Motoren wären dafür nicht notwendig.

- Vor allem aber: Durch die Steuerbefreiung werden diese Kraftstoffe billiger als der Dieselmotorenstoff. Jeder Betreiber von Dieselfahrzeugen hat damit die Möglichkeit

bekommen, durch den Wechsel zu Biokraftstoffen auch dann noch preisgünstig zu tanken, wenn die Besteuerung der fossilen Dieselmotorenstoffe steigt.

- Durch eine stufenweise Anhebung wird es möglich, dass genug zeitlicher Spielraum bleibt, damit sich die Tankstellen auf die Nachfrage nach Biokraftstoffen einstellen.

Im übrigen geht es bei dem Umstieg auf Biokraftstoffe nicht allein um Umweltpolitik, sondern um eine neue Treibstoffstrategie, die uns schrittweise unabhängig vom importierten Erdöl macht. Wenn diese nicht zügig eingeleitet wird, stehen aufgrund der nahen Erschöpfung billiger Erdölvorkommen allen Autofahrern unermessliche Preissteigerungen ins Haus.

Dazu erklärt Prof. Dr. Martin Kreuzburg von SAMOS Solarförderverein Regensburg: Diese Erklärung klärt zwar einiges, aber bringt das Thema SYN-FUEL auf, zu dem ich folgende wichtige Bemerkung habe:

"Im Gegensatz zu der völlig problemlosen und in vielen EU-Ländern praktizierten Beimischung von Pflanzenöl zum Dieselmotorenstoff ist aber das sog. SYN - Fuel umweltpolitisch eine Katastrophe: Ich habe mir sagen lassen, dass bei seiner Erzeugung 60

und mehr Prozent Energie verloren geht. Es wäre mir sehr daran gelegen, dass dieses Problem gese-

hen und Fehlentwicklungen, auch bei den erwähnten Konzernen, gegengesteuert wird.“

3. ÖFR-DISKUSSION INTERNATIONAL

Umweltfreundliche Automobile im Doppelpack fördern

[Presse-Information Bernd Lange, 21. Juli 2003] Neuerlich aufgeflammt ist die Diskussion über die Besteuerung von Dieselmotoren. Bernd Lange (SPD), Mitglied im Europäischen Parlament (EP) und Automobil- und Umweltexperte seiner Fraktion: "Die Kfz-Steuer ist aber genauso wichtig wie die Mineralölsteuer, um umweltfreundliche Fahrzeuge im Doppelpack fördern zu können. Dazu muss sich die Kfz-Steuer nicht nur an den CO₂-Emissionen orientieren, sondern auch die umweltrelevanten Schadstoffe wie Abgase, Partikel und Stickoxid berücksichtigen. Ein System der doppelten Steuerentlastung kann erst die richtigen Lenkungswirkungen entfalten und den Markt für verbrauchsarme Neufahrzeuge stärken."

Der Umweltausschuss des EP hat zu diesem Thema bereits einen Vorschlag von Bernd Lange angenommen. Hintergrund dieses Vorschlages war ein Vorstoß der Europäischen Kommission, die Kfz-Besteuerung innerhalb der Europäischen Union nur auf die Senkung der CO₂-Emissionen auszurichten. Nach Langes System berechnet sich die Kfz-Steuer

aus einem emissionsbezogenen Sockelbetrag und einem verbrauchsbezogenen CO₂-Zuschlag. Die Höhe des Sockelbetrags richtet sich nach der jeweiligen Emissionsklasse (Euro III, Euro IV etc.). Der CO₂-Zuschlag wird direkt aus den Typzulassungsdaten (COC-Papier) ermittelt.

Die ab 2005 geltende EURO IV-Bestimmung senkt nicht nur den Partikelanteil bei Dieselfahrzeugen sondern wird auch zu einer Minderung des Stickoxid-Anteils führen. Stickoxid gilt als Hauptverursacher des bodennahen Ozons. Lange: "Mit EURO IV ist bereits ein ehrgeiziges Ziel in der Umweltgesetzgebung erreicht, aber natürlich geht die technische Entwicklung weiter und deswegen wird sich das Europäische Parlament auch künftig aktiv in die Abgasgesetzgebung für Fahrzeuge einmischen."

Lange hat für seine Fraktion in der Vergangenheit die Gesetzgebungen EURO III und EURO IV als Berichterstatter für das Parlament an entscheidender Stelle mitgestaltet. Eine weitere Abgas-Gesetzgebung (EURO V) ist bis zum Jahr 2010 geplant.

Die Ökosteuerdiskussion in Österreich

[Dr. Kopetz, Kammeramtsdirektor der Landesammer f. Land- und Forstwirtschaft, 13.08.2003] Die Diskussion über die höhere Besteuerung fossiler Energieträger und die gleichzeitige steuerliche Entlastung der menschlichen Arbeitskraft wird in Österreich nur sehr zurückhaltend geführt, vor allem deswegen, weil die politischen Parteien die Sorge haben, durch dieses Thema Wähler zu verlieren. Nur so ist es zu erklären, dass auch die österreichischen Grünen die vor der Nationalratswahl 1999 noch ein sehr ambitioniertes Konzept für eine Öko-Steuerreform vorgelegt haben, vor der Nationalratswahl im Herbst 2002 dieses Thema nur mehr wenig ins Spiel brachten.

Trotzdem sind die Dinge in Bewegung und zwar aus verschiedenen Gründen: Die Besteuerung der

Trotzdem sind die Dinge in Bewegung und zwar aus verschiedenen Gründen: Die Besteuerung fossiler Energie in Österreich ist mittlerweile deutlich geringer als in zahlreichen anderen europäischen Ländern. Der Finanzminister, auf der Suche nach einer Gegenfinanzierung für die 2005 angekündigte Steuerreform und die in Aussicht gestellte Senkung der Lohnnebenkosten, sieht daher bei den Energiesteuern einen gewissen Spielraum für neue Einnahmen. Auf der anderen Seite sieht sich die österreichische Klimaschutzpolitik zunehmend in Bedrängnis, weil es bisher nicht gelungen ist, den steigenden Trend zu höheren Treibhausgasemissionen zu brechen, obwohl sich Österreich im Kioto-Vertrag verpflichtet hat, diese

Emissionen bis zum Jahre 2010 um 13 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 zu senken.

Vielen Beobachtern ist klar, dass diese Kioto-Verpflichtungen – wenn überhaupt – nur dann erreicht werden können, wenn es zu einer deutlichen Umschichtung im Steuersystem mit höheren Steuern auf fossile Energieträger und einer entsprechenden Entlastung der menschlichen Arbeitskraft kommt.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht ganz überraschend, dass schon der erste kleine Schritt der Steuerreform, der in Österreich im Jahr 2004 umgesetzt wird und im Rahmen der Budgeterstellung für das Jahr 2004 schon beschlossen wurde, ein durchaus

interessantes ökosoziales Element beinhaltet. Die entsprechenden Budgetbegleitgesetze sehen nämlich vor, dass die Grenzen für jene Mindesteinkommen die Lohn- oder Einkommenssteuer zahlen, so angehoben werden, dass in Zukunft beinahe 40 Prozent der Arbeitnehmer keine Lohnsteuer mehr zahlen.

Auf der anderen Seite ist im Gegenzug eine moderate Anhebung der Energiesteuern in folgender Form vorgesehen:

	Mineralölsteuer (Energiesteuer)		
	in Euro		
	bisher	ab 1.1.2004	Differenz
Benzin 1000 Liter	407	417	10
Diesel 1000 Liter	282	317	35
Diesel, entschwefelt, 1000 l	282	302	20
Heizöl, extra leicht, 1000 l	69	98	29
Kohle 1 Tonne	0	50	50
Erdgas 1000 m ³	43,6	66,6	23,0

Die geschätzten Mehrerlöse aus dieser Umschichtung betragen inklusive des Mehrwertsteuereffektes knapp 400 Mio. Euro. Die Steuererhöhungen werden dazu führen, dass die fossilen Energieträger Heizöl und Erdgas gemessen am Energieinhalt mittlerweile deutlich teurer sein werden als die alternativen Energieträger Hackschnitzel, Brennholz oder Holzpellets. Denn umgelegt auf die aktuellen Verkaufspreise werden Heizöl und Erdgas für Endverbraucher um etwa 10 Prozent teurer. Dazu kommt noch der relativ deutliche Anstieg der Ölpreise in den letzten Wochen, der die Konkurrenzfähigkeit der alternativen Energieträger weiter verbessert. Es ist daher zu erwarten, dass diese kleine

ökologische Steuerreform, die in der öffentlichen Diskussion bisher weitgehend ignoriert wurde, dennoch einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der Marktchancen der erneuerbaren Energieträger bringt und auch das Energiesparen interessanter macht. Im Sinne des politischen Pragmatismus sind solche kleinen Schritte wahrscheinlich die einzige Möglichkeit, um allmählich zu einem stärker ausgerichteten ökologischen Steuersystem zu kommen. Allerdings wird auch diese steuerliche Korrektur nichts daran ändern, dass fossile Energie, zu realen und nicht zu nominellen Preisen betrachtet, heute immer noch deutlich billiger ist als vor 20 oder 30 Jahren.

Allianz pro Schiene kritisiert Entwurf der EU-Wegekostenrichtlinie

[Pressemitteilung Allianz pro Schiene 23.07.2003] Die Allianz pro Schiene hat den heute veröffentlichten Entwurf für eine EU-Wegekostenrichtlinie scharf kritisiert. "Der Entwurf muss verbessert werden, sonst wächst die LKW-Lawine weiter und ihre Kosten werden weiterhin auf die Steuer- und Krankenkassenbeitragszahler abgewälzt", kritisierte Ge-

schäftsführer Dirk Flege. Die EU-Kommission ignoriere in ihrem Vorschlag für Straßennutzungsgebühren die Schäden an Umwelt und Gesundheit, die der LKW-Verkehr verursacht und verfehle deshalb ihr Ziel, mehr Kostenwahrheit im Verkehr zu schaffen, so Flege.

Der Richtlinienentwurf sieht vor, dass Mautgebüh-

ren nur die Kosten für den Bau und Erhalt von Straßen abbilden. An externen Kosten dürfen nur Unfallkosten eingerechnet werden, die nicht von Versicherungen abgedeckt sind. Umwelt-, Gesundheits- und Staukosten werden nicht berücksichtigt.

Die Allianz pro Schiene wies auf eine Studie von INFRAS/IWW hin, die die verkehrsbedingten Umwelt- und Gesundheitskosten in der EU auf jährlich 530 Milliarden Euro beziffert. Bezieht man Staukosten mit ein, entsprechen die externen Kosten des Verkehrs rund 10 % des BIP in der EU. 92% dieser Kosten verursacht der Straßenverkehr. Laut INFRAS/IWW werden diese Kosten bis 2010 um 42% steigen - wenn sich die europäische Verkehrspolitik nicht ändert.

"Der Vorschlag der Kommission für die neue EU-Wegekostenrichtlinie stoppt diese bedrohliche Entwicklung nicht", urteilte der Allianz pro Schiene-Geschäftsführer. "Der Verzicht auf eine vorsor-

gende Verkehrspolitik vernichtet gigantische Werte."

Auch die im Richtlinienentwurf vorgesehene Zweckbindung der Maut-Einnahmen für den Straßenbau widerspricht nach Auffassung der Allianz pro Schiene dem Ziel der EU, Verkehr nachhaltig zu gestalten. Die Allianz pro Schiene kritisierte außerdem, dass LKW nur auf den transeuropäischen Straßennetzen Benutzungsgebühren zahlen sollen. Flege: "LKW können zu leicht ausweichen und die Maut umgehen." Das Schienenbündnis forderte die Möglichkeit, das gesamte Straßennetz zu bemaufen. Den Vorschlag finden Sie unter

http://europa.eu.int/comm/transport/infr-char-ging/library/dir_com_2003_448_de.pdf

Die Pressemitteilung finden Sie unter

http://europa.eu.int/rapid/start/cgi/guesten.ksh?p_action.gettxt=gt&doc=IP/03/1097|0|RAPID&lg=DE&display=

4. BUND: NACHRICHTEN UND KOMMENTARE

Entfernungspauschale: Umwelt- und sozialpolitisch zweifelhaft

Die derzeitige Entfernungspauschale gewährt Berufspendlern die Möglichkeit, Fahrten vom Wohnort zur Arbeitsstelle und zurück von der Steuer abzusetzen (bis zu 40 Cent/km). Durch das Senken der Fahrtkosten zwischen Wohn- und Arbeitsort, fördert die Entfernungspauschale mit einem Gesamtvolumen von ca. 3,5 Mrd. Euro jährlich das Auseinanderfallen von Wohn- und Arbeitsstätte, da es sich viel eher lohnt, in der Stadt zu arbeiten, aber im Grünen zu wohnen. So induziert die Entfernungspauschale zusätzlichen Verkehr und Anreize zum Bauen „auf der grünen Wiese“ und trägt so maßgeblich zu ökologisch problematischen Entwicklungen im Verkehrs- und Wohnungsbausektor sowie zur Verödung von Innenstädten bei. Frei nach Klaus Töpfer gilt: Zeige mir deine Siedlungsstruktur und ich sage dir, wie hoch die Pendlerkosten in der Vergangenheit gewesen sind.

Gerade der Verkehr und der Neubau von Wohneinheiten entfalten ihre negativen Umweltwirkungen und ihre sozial problematischen Effekte in Deutschland trotz zahlreicher Maßnahmen bis heute in nahezu ungebremstem Ausmaß. Eine Umkehr dieser Tendenz ist nicht absehbar. So werden in Deutsch-

land pro Sekunde 15m², also die Fläche eines durchschnittlichen Wohnraums, bebaut. Mit der Versiegelung von Flächen durch Verkehrsinfrastruktur und Neubauten „auf der grünen Wiese“ gehen gravierende, überwiegend irreversible Schädigungen der ökologischen Funktionen des Bodens einher. Hinzu treten die erheblichen Umweltwirkungen des Verkehrs: Neben erheblichen Lärmbelastungen, direkt gesundheitsgefährdenden Emissionen wie den Ausgangsstoffen für bodennahes Ozon beschleunigt trägt der Verkehr mit einem Anteil von ca. 20% an den Kohlendioxidemissionen in Deutschland maßgeblich zum Klimawandel bei.

Gleichsam ist die Entscheidung über den Wohn- und Arbeitsort eine durchaus individuelle. Allerdings erscheint es wenig sinnvoll, dass die öffentliche Hand umweltschädliches Verhalten durch staatliche Finanzmittel unterstützt und dies zudem in einer Weise tut, die sozialpolitisch wenig sinnvoll erscheint. Neben den negativen ökologischen Auswirkungen weist die Entfernungspauschale nämlich auch eine sozialpolitisch fragwürdige Struktur auf: Durch ihre progressive Ausgestaltung steigt die Entlastungswirkung der Entfernungspauschale mit stei-

gendem Einkommen. Während so bei 50 Entfernungskilometern und 220 Arbeitstagen im Jahr Bezieher höherer Einkommen beispielsweise mit einem Grenzsteuersatz von 45% mit 1980 Euro jährlich steuerlich stark entlastet werden, erhalten Geringverdiener mit einem Grenzsteuersatz von 20% eine Steuerentlastung von nur 880 Euro jährlich. Die derzeitige Förderungspraxis begünstigt also gerade diejenigen Personen, die einer Entlastung am wenigsten bedürfen und verfehlt so ihr sozialpolitisches Ziel.

Grundsätzliche Zielsetzung des BUND: Ersatzlose Abschaffung

Da die Entfernungspauschale sowohl eine Zunahme der Flächenversiegelung als auch zusätzlichen Verkehr induziert, ist diese Subvention nicht zukunftsfähig. Zudem wird von staatlicher Seite ökologisch fragwürdiges Verhalten in einer sozial unausgewogenen Weise gefördert. Der BUND hält deshalb eine ersatzlose Abschaffung der Entfernungspauschale langfristig für unbedingt notwendig, um die Bereiche Wohnen und Verkehr auf einen nachhaltigen Entwicklungspfad zu bringen.

Der BUND sieht allerdings ebenfalls, dass viele Arbeitnehmer/innen ihren Wohnort kurzfristig nicht näher zum Arbeitsplatz legen können und das Angebot an Arbeitsplätzen in vielen ländlichen Gebieten eingeschränkt ist. Damit wird eine kurzfristige Anpassungsreaktion erschwert. Deshalb schlägt der BUND zunächst die Umwandlung der Entfernungspauschale in eine einkommensunabhängige Pendlerzulage und eine deutliche Reduzierung der Beträge in zwei Stufen vor. Erst in einem letzten Schritt erfolgt die ersatzlose Abschaffung der staatlichen Pendlerförderung.

BUND-Übergangslösung: Die einkommensunabhängige Pendlerzulage

Die progressionsabhängige Entfernungspauschale soll in eine einkommensunabhängige Pendlerzulage umgewandelt werden. Bisher hängt die effektive steuerliche Entlastungswirkung der Entfernungspauschale vom Einkommen des Arbeitnehmers ab. In Zukunft soll eine Pendlerzulage gezahlt werden, die einkommensunabhängig ist und zudem unabhängig von der Steuerschuld im Rahmen der Ein-

kommensteuererklärung direkt vom Finanzamt ausbezahlt wird. Damit würden in sozialpolitisch sinnvoller Weise gerade Geringverdiener und Auszubildende von der Entfernungspauschale in größerem Maße als heute profitieren. Betraglich soll die Pendlerzulage gegenüber der Entfernungspauschale deutlich abgesenkt werden, beispielsweise auf zehn Cents pro Entfernungskilometer. Im konkreten Beispiel würde die Entlastungswirkung bei höheren Einkommen nahezu halbiert, während Bezieher niedrigerer Einkommen um 20% stärker entlastet würde. Die soziale Schieflage der derzeitigen Regelung würde damit aufgehoben.

Zudem sollte die einkommensunabhängige Pendlerzulage – entgegen dem aktuellen Vorschlag des Bundesfinanzministeriums einer Auszahlung der derzeitigen Entfernungspauschale erst ab dem zwanzigsten Entfernungskilometer – ab dem ersten Kilometer gewährt werden, da ansonsten Anreize für das Zurücklegen weiterer Entfernungen und die Nutzung des PKWs als für weite Entfernungen bevorzugtes Verkehrsmittel geschaffen werden. Eine Differenzierung nach Verkehrsmitteln soll nicht erfolgen. Vielmehr soll die einkommensunabhängige Pendlerzulage einheitlich für alle Verkehrsmittel gewährt werden.

Die vom BUND vorgeschlagene kurzfristige Umwandlung der Entfernungspauschale in eine Pendlerzulage würde einerseits durch die Absenkung der Beträge die Anreize zu umweltschädlichem Verhalten vermindern und andererseits die sozialpolitischen Defizite der derzeitigen Regelung durch die einkommensunabhängige Ausgestaltung beseitigen. Zudem könnte der Staat die Hälfte seiner Ausgaben für die Entfernungspauschale einsparen.

Langfristig ist allerdings allein eine ersatzlose Streichung der staatlichen Förderung des Pendelns zwischen Arbeitsstätte und Wohnort mit einer nachhaltigen Entwicklung kompatibel.

Kontakt: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V., Referat Wirtschafts- und Finanzpolitik, Sven Rudolph, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin, Tel. 030 / 275 86 – 433, Fax – 440, <mailto:sven.rudolph@bund.net>, <http://www.oeko-steuer.de/subventionen>

5. WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN DEUTSCHLAND

Luhmann: Das 3-l- Auto ist Schwindel

[Hans-Jochen Luhmann in VDI Nachrichten, Wuppertal, 03.05.2002] Fünf, drei oder gar nur ein Liter – die Automobilhersteller haben scheinbar das sparsame und emissionsarme Auto entdeckt. Dr. Hans-Jochen Luhmann, Klimaexperte im Wuppertal Institut, hat nachgerechnet: in Wahrheit, so sein Resümee, emittieren die Fahrzeuge weitaus mehr Treibhausgase als angegeben. Die Automobilwirtschaft ist in Bedrängnis. Ihr Produkt ist zugleich unverzichtbar und mittelfristig untragbar. Die Grenzen, die das Klimaproblem setzt, stellen eine Herausforderung für die Produktpolitik der Autohersteller dar. Ihre Heilserwartung ist gegenwärtig, das 3-l-Auto, in Sonntagsreden der Autohersteller noch unterboten von Ankündigungen bis hin zum 1-l-Auto.

Doch: Ist das 3-l-Auto wirklich ein 3-l-Auto? Wie viele Treibhausgase stößt es wirklich aus, wenn man sämtliche Treibhausgase im Betrieb in Betracht zieht und wenn man die zukünftigen zu erwartende Ausstattung unterstellt?

Bekannt ist, dass der Betrieb eines Automobils mit der Emission nicht nur vom Kohlendioxid, sondern auch von mindestens zweier weiterer Treibhausgase verbunden ist: der Abgaskatalysator emittiert Lachgas (N₂O) und die Klimaanlage emittieren einen Teil ihres Kältemittels, das zur Gruppe der fluorierenden Kohlenwasserstoffe (HFC) zählt. Die Beschränkung der klimarelevanten Kfz-Emissionen auf die „wesentliche“ Kohlendioxid-Fracht, wie es die Automobilhersteller tun, ist irreführend - der „unwesentliche“ Teil darf nicht unberücksichtigt bleiben.

Ein Blick zurück: Im März 1995 gab die deutsche Industrie eine freiwillige Selbstverpflichtung zur CO₂-Einsparung ab. 1996 wurden die beiden Treibhausgase N₂O und Methan eingeschlossen. Die Automobilindustrie scherte aus und gab allein eine auf CO₂ beschränkte Erklärung zum spezifischen Verbrauch der PKW ab. Mit dem Kioto-Protokoll von 1997 wurde der „Korb“ der zu berücksichtigen Treibhausgase von drei auf sechs verdoppelt. Seitdem zählt das Betriebsmittel für Klimaanlagen, das Kältemittel R 134a, zu den Stoffen, für die die Bun-

desregierung Minderungsverpflichtungen eingegangen ist.

1997 führte die Bundesregierung steuerliche Anreize für 3-l- und 5-l-Autos ein, die den Käufern Vorteile bis zu 1000 DM bzw. 500 DM bescherten. Steuertechnisch wird der genannte Grenzwert des „Verbrauchs“ jedoch nicht in Litern, sondern in CO₂-Emissionen pro 100km formuliert. Der CO₂-Prüfgrenzwert beträgt 9 kg für das 3-l- Auto und 12 kg für das 5-l- Auto. Im November 2000 wurde die Selbstverpflichtungserklärung der deutschen Industrie an das Kioto-Protokoll angepasst: Die so genannten F-Gase (HFC, PFC, SF₆), wurden in die Selbstverpflichtung aufgenommen. Abseits stand – wieder einmal und auffälligerweise – die deutsche Automobilindustrie.

Was ist es, was die Automobilhersteller da zu verbergen suchen? Weshalb wohl lassen sie es an der klimapolitischen Solidarität mit den übrigen Verbänden der deutschen Industrie und auch mit der Politik und damit mit der Gesellschaft generell vermissen?

Die Wahrheit lautet: Die Treibhausgasemissionen beziehungsweise der äquivalente Kraftstoffverbrauch eines typischen neu zugelassenen benzingegebenen PKW deutscher Hersteller wird bislang unvollständig erfasst - unberücksichtigt bleiben mindestens 3 l pro 100 km. Sie setzen sich wie folgt zusammen: 1,2 l für Fahrweisen und Ausstattungen, die im Normzyklus, mit dem Verbrauch bestimmt wird, nicht berücksichtigt sind; 1 l für den Betrieb des Kompressors der Klimaanlage und andere Heizanlagen; 0,4 l für Verluste des Kältemittels R 134a während des Betriebs der Klimaanlage und nochmals 0,4 l für die Lachgasemissionen des Katalysators.

Mittlerweile werden fast 90% der neu zugelassenen PKW deutscher Hersteller mit Klimaanlagen ausgeliefert. Die Deutschen, in einem bislang klimatisch privilegierten Lande lebend, betreiben plötzlich im großen Stil eine private „Adaption“ an den wahrgenommenen Klimawandel und verstärken ihn damit wiederum.

Im Auftrag des Umweltbundesamtes war ermittelt

worden, dass im Durchschnitt jährlich etwa 10 % der Füllmenge des Kältemittels R 134a in die Atmosphäre entweichen. Bei einer durchschnittlichen Füllmenge von 825g dieses Kältemittels je Fahrzeug/ Klimaanlage sind das 82,5g/a. Ursachen für den Kältemittelverlust sind zum einen die normalen Verluste im Fahrbetrieb, die von den Herstellern auf etwa 6% beziffert werden, zu anderen Kältemittelverluste durch Beschädigungen des Systems, zum Beispiel durch Steinschlag und Unfälle. 1kg R 134a entfaltet ein Treibhauspotenzial von rund 1300 kg Kohlendioxid, entsprechend einer Benzinmenge von fast 600l. Bei einer durchschnittlichen Fahrleistung 11 000km pro Jahr entspricht der Kältemittelverlust von 82,5g /a einem Mehrverbrauch von gut 0,4l je 100km.

Die Treibhauswirkung von Klimaanlagen beschränkt sich auf nicht auf den Effekt der Kältemittelverluste.

Durch den Antrieb des Kältemittel- Kompressors kann im Kurzstreckenverkehr bei Mittelklasse-Fahrzeugen eine Verbrauchserhöhung um bis zu 25 % auftreten, bei Autobahngeschwindigkeiten wurden bis zu 10 % ermittelt. Da exakte Daten über das durchschnittliche bzw. typische Nutzungsverhalten und über Wirkungsgrade von Klimaanlagen nicht vorliegen, schätzen wir im Mittel 12,5 % entsprechend 1 l. Berücksichtigt man zudem Praxiseinflüsse wie den suboptimalen Wartungszustand des Motors oder den instationären Betrieb sowie die Nutzung der Klimaanlage zu anderen Zwecken, z.B. zur Entfeuchtung oder zur Heizung, dann spricht vieles für einen deutlich höheren Wert.

PKW mit besonders sparsamen Motoren verfügen heute über elektrische Zusatzheizungen, da die Abwärme der Abgase zum Heizen des Innenraums nicht mehr ausreicht. Technisch ähneln diese den Widerstandsdrähten in beheizbaren Heckscheiben. Bis zu 2000 Watt elektrische Heizleistung werden in der Luftzuführung zum Innenraum erzeugt, um bereits in den ersten Minuten der Fahrt für Wärme zu sorgen. Zur Verdeutlichung der 2000 Watt Heizleistung - der Vergleich mit dem Antriebsbedarf eines Mittelklasse- PKW: 2 kW Motorleistung reichen aus, um konstant 40 km/h bis 50 km/h zu fahren. Auch ohne Berücksichtigung des unvermeidlichen Wirkungsgradverlustes der Lichtmaschine heißt das: die elektrische Heizung verdoppelt den Kraftstoffverbrauch in bestimmten Fahrzuständen.

Daneben spielen die Emissionen von Lachgas eine

Rolle. Katalysatorfahrzeuge emittieren dieses Gas in bestimmten Lastzuständen in Mengen von etwa 30 mg bis 40 mg je gefahrenen Kilometer, wobei die Zulässigkeit der vorliegenden Schätzungen dieser Emissionswerte außerordentlich gering ist. Es bestehen komplexe Abhängigkeiten z.B. von der Gemischzusammensetzung im Brennraum und dem Katalysatormaterial, Wartungsmängel können zu vielfach höheren Emissionen führen. Lachgas hat ein um das 310fache größere Treibhauspotenzial als Kohlendioxid in einem Zeitraum von 100 Jahren. Das Emissionsäquivalent von rund 10 g CO₂ je km entspricht einer Erhöhung des Benzinverbrauchs um immerhin 0,4 l je 100 km. Zukünftig könnte die Bedeutung des N₂O aus PKW noch zunehmen, weil Modelle mit Benzin- Direkteinspritzung, nach bisherigen Messergebnissen zu urteilen, höhere Emissionsfaktoren aufweisen.

Will man die Wirklichkeit unverblümt wahrnehmen, ist ein dritter Faktor zu berücksichtigen: In der Praxis werden die Norm-Verbrauchswerte selten erreicht. Der Grund: Der heute gebräuchliche Testzyklus ist nicht repräsentativ, auch wenn er erst kürzlich vom Drittel-Mix auf den NEFZ- Zyklus der EU umgestellt wurde.

Selbst der verbesserte EU- Zyklus ist nicht repräsentativ, er enthält z.B. untypisch niedrige Fahrzeugbeschleunigungen und geht über 120 km/h Geschwindigkeit nicht hinaus. Auch der Energiebedarf der Nebenaggregate bleibt bei der Normverbrauchsermittlung außer Betracht, sowohl was deren Gewicht als auch deren Betrieb angeht. Im täglichen Verkehr liegen die Verbrauchswerte typischerweise um 10 % bis 15 % über den Prospektanlagen – im typischen Fall der Zukunft um etwa 1,2 l.

Was bedeutet das alles? Kurz gesagt: Das 3-l- Auto ist ein Schwindel. Gefragt ist vielmehr die Entwicklung von Autos die den klimapolitischen Zielen und Begrenzungen entsprechen. Den Verbrauch als Maßstab zu wählen, ist das Ziel der freiwilligen Selbstverpflichtung der europäischen Automobilindustrie. Sie hat zugesagt, den durchschnittlichen Flottenverbrauch bis zum Jahre 2008 auf 140 g CO₂, entsprechend 5,8 l zu senken. Es besteht allerdings die Gefahr, dass dieser Verbrauch noch um 40 % überschritten wird, weil man sich an einem unvollständigen Indikator orientiert. Erst „aufzuwachen“, wenn das Ziel faktisch bereits verfehlt ist, bedeutet: Das dann notwendige Nachbessern kommt teuer zu stehen.

Klimastudie Brandenburg: Mehr Sonne, weniger Wolken und Wasser

[Pressemitteilung Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung e.V., 30. Juni 2003] Keine Klimaänderung hat sich seit 8000 Jahren so schnell ausgeprägt wie die gegenwärtigen Verschiebungen bei Regen, Wind und Wasser. Zu dieser Schlussfolgerung kommen die Forscher vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung e.V. (PIK) in ihrer aktuellen "Studie zur klimatischen Entwicklung im Land Brandenburg bis 2055 und deren Auswirkungen auf den Wasserhaushalt, die Forst- und Landwirtschaft sowie die Ableitung erster Perspektiven". Der vom brandenburgischen Agrar- und Umweltministerium in Auftrag gegebene Report ist heute von Brandenburgs Umweltstaatssekretär Friedhelm Schmitz - Jersch und Dr. Manfred Stock (PIK) in Potsdam vorgestellt worden. Erstmals werden in dieser Studie die Auswirkungen der Klimaänderung auf die Umwelt und die Land- und Forstwirtschaft Brandenburgs zusammengefasst.

"Schon bei einer Analyse der derzeitigen Situation wird der Handlungsbedarf offensichtlich: Dürreschäden auf den Feldern, Überschwemmungen an den Flüssen und eine Zunahme extremer Wettersituationen fordern in vielen Bereichen zum Umdenken auf", sagte Schmitz - Jersch. Deshalb habe das Agrar- und Umweltministerium eine Studie speziell für die Region Brandenburg in Auftrag gegeben, um frühzeitig reagieren zu können. In Brandenburg wird es sonniger, wärmer und trockener.

Die Forscher des PIK haben eine neuartige Methode angewandt, um das zukünftige Regionalklima mit hoher Wahrscheinlichkeit zu ermitteln", erläuterte Stock. Ausgehend von einer Temperaturerhöhung von rund 1,4 Grad Celsius für den Zeitraum 2001 bis 2055 zeigt die Studie des PIK, dass ein weiterer Rückgang der Niederschläge bei gleichzeitig zunehmender Verdunstung insbesondere im Sommer zu erwarten ist. Ein Absinken des Grundwasserspiegels, sinkende Wasserstände in den Flüssen und Probleme bei der Wasserverfügbarkeit und Wasserqualität wären damit verbunden.

Schon jetzt ist Brandenburg das niederschlagsärmste Bundesland. Von derzeit etwa 600 Millimeter werden die Niederschläge auf weniger als 450 Millimeter bis zum Jahr 2055 weiter sinken. Der stärkste Niederschlagsrückgang ist in den Sommerperioden zu erwarten. Weniger Niederschläge werden mit weniger Bewölkung und längerer Sonnen-

scheindauer einher gehen. Zunehmend ist mit Extremwetterlagen zu rechnen. Schon im Beobachtungszeitraum 1961 bis 1998 zeigte sich, dass beim Niederschlag eine Verschiebung vom Sommer in den Winter festzustellen ist und die Sickerwassermenge auf rund 75 Prozent der Gesamtfläche Brandenburgs stark abgenommen hat. Dieser Trend werde sich weiter fortsetzen, sind sich die Klimaforscher sicher. Auswirkungen auf den Wasserhaushalt, die Land- und Forstwirtschaft.

Als Folge der klimatischen Änderung könnten auch die in Brandenburg noch häufig anzutreffenden ausgedehnten Niederungen, Moore und Luchgebiete in ihrer vielfältigen Funktion verloren gehen. Dies hätte zusätzliche negative Rückwirkungen auf die Grundwasserressourcen und die Attraktivität der Landschaft.

Die in Brandenburgs Wäldern vorherrschende Monokultur mit einem überwiegenden Kiefernbestand ist nicht geeignet, Wasser im Boden zu speichern. Im Gegenteil: Die Nadelbäume entziehen der Natur ganzjährig Wasser und lassen es verdunsten, so dass die Wasserbilanz ungünstiger als bei Laubwäldern ausfällt.

"Um Wassermangel künftig zu vermeiden und die Landschaft in ihrer Vielfalt zu erhalten, müssen integrierte Nutzungskonzepte erstellt werden, die allen Belangen genügen", erklärte Stock. Als eine der vordringlichsten Maßnahme wird empfohlen, den Aspekt der Klimaänderung beim Waldumbauprogramm im Zusammenhang mit der Diskussion verschiedener Alternativen der Wald- und Landnutzung zu berücksichtigen. So könne negativen Entwicklungen beim Wasserhaushalt begegnet und das Risiko von Waldbrand oder Schädlingsbefall gesenkt werden.

Insgesamt sehen die Klimaforscher im geringen Wasserangebot den limitierenden Faktor für die natürliche Vegetation, die bewirtschafteten Wälder und die landwirtschaftlichen Nutzpflanzen. Die Bodenerosion würde durch einen Anstieg vegetationsloser Flächen zunehmen. Die landwirtschaftlichen Erträge, insbesondere bei Winterweizen, werden bei fehlender Bodenfeuchte sinken. Um dem zu begegnen, müsse Wasser so lange wie möglich in der Region gehalten werden, Pflanzenbau und Fruchtfolgen darauf abgestimmt, sowie der Wasserverbrauch reduziert werden.

Schmitz - Jersch: "Angesichts dieser Ergebnisse scheint es dringend geboten, Entscheidungen und Planungen zum Naturschutz, zur ländlichen Entwicklung, zu Be- und Entwässerungsvorhaben, zum Hochwasserschutz oder zum Waldumbau - um nur einige Bereiche zu nennen - daran auszurichten.

Die Brandenburg-Studie zeige eindrucksvoll, wie anspruchsvolle Grundlagenforschung zugleich hohe Praxisrelevanz haben kann und dass sich Wissenschaft, Politik und Wirtschaft nur im engen Zusammenwirken auf die Zukunft vorbereiten können.

"Strategien und Maßnahmen müssen entwickelt werden, die es ermöglichen, die negativen Auswirkungen der Klimaveränderungen auf unser natürliches, wirtschaftliches und soziales Umfeld so gering wie möglich zu halten. Die Landesregierung wird nationale und internationale Initiativen zum Klimaschutz weiterhin unterstützen", fasste Schmitz - Jersch zusammen.

Die Studie finden Sie unter:

http://www.pik-potsdam.de/news/brdbg_studie.html

Erster CO₂ - neutraler Designer-Dieselmotorkraftstoff der Welt vorgestellt

[Pressemitteilung Daimler Chrysler AG, 30. Juni 2003] Die Daimler Chrysler AG hat in Stuttgart im Rahmen ihrer Umwelt-Pressekonferenz den weltweit ersten synthetischen Diesel-Kraftstoff vorgestellt, der beim Autofahren die CO₂-Bilanz in der Atmosphäre nicht belastet. Dieser Kraftstoff wird durch vollständige Verwertung von organischen Substanzen hergestellt. Das bei der Verbrennung im Motor entstehende Kohlendioxid ist beim Wachsen der Pflanzen der Luft entnommen worden.

Damit entfällt die seit der Geburtsstunde des Automobils gegebene Situation von zusätzlichem Eintrag von Kohlendioxid in die Atmosphäre durch den aus Erdöl hergestellten Kraftstoff beim Autofahren. Entsprechend hoch bewertet der Konzern die Herstellung des Biokraftstoffs: Prof. Jürgen Hubbert, im Daimler Chrysler-Vorstand verantwortlich für die Mercedes Car Group: „Wir stehen am Anfang einer hoffnungsvollen Entwicklung.“

Der Kraftstoff – laut Dr. Thomas Weber, stellvertretendes Mitglied des Vorstands der Daimler Chrysler AG und verantwortlich für Forschung und Technologie, „der sauberste und umweltfreundlichste Diesel, den es je gab“ – wird in einem vom BMWA geförderten Forschungsprojekt gemeinsam mit der Firma Choren in Freiberg in Sachsen hergestellt. Dort hat Choren eine Anlage aufgebaut, in der Biomasse aus Holzresten zu Kraftstoff umgesetzt wird. Dies ist die erste Anlage ihrer Art weltweit. Dem Forschungsprojekt hatte sich im Herbst letzten Jahres auch Volkswagen angeschlossen.

Der neue Biokraftstoff, dem Daimler Chrysler den Kunstnamen „Biotrol“ gegeben hat, kann den bisherigen Kraftstoffen bedenkenlos beigefügt werden. Ob er sogar zu 100 % getankt werden kann, oder ob dann Modifikationen an den Motoren erforderlich sind, wird in den jetzt beginnenden Forschungsar-

beiten geklärt. Dazu hat der Konzern heute eine eigene Tankstelle eröffnet, an der Forschungsfahrzeuge in wachsender Zahl den neuen Kraftstoff tanken werden. Gegenstand der Forschung sind außerdem Wirtschaftlichkeitsberechnungen, Fragen der nachhaltigen Produktion und Fragen zur Energiebilanz.

Weil der Kraftstoff ohne Probleme beigemischt werden kann, senkt sich nicht nur die CO₂-Neuemission von neuen Fahrzeugen in bestehenden Flotten, sondern alle Dieselfahrzeuge könnten ab Verfügbarkeit des Kraftstoffes ihre CO₂-Neuemissionen je nach Umfang der Beimischung senken. Nach Ansicht des Unternehmens ließen sich aus heutiger Sicht im nächsten Jahrzehnt erhebliche Anteile des EU Dieserverbrauchs mit dem Biokraftstoff decken.

Dr. Weber bot der Mineralölindustrie Zusammenarbeit an. Die Politik in Berlin und Brüssel ermutigte Weber, die weitere Entwicklung mit „klugen Weichenstellungen“ zu erleichtern und insbesondere in Umweltdiskussionen zwischen CO₂-Emissionen aus biogenen und fossilen Quellen zu unterscheiden.

Die Herstellungskosten für Biotrol liegen nach Angaben des Konzerns mit zur Zeit rund 70 Cent je Liter noch beim Zwei- bis Dreifachen der Kosten konventioneller Kraftstoffe. Mit der Weiterentwicklung der Herstellungstechnik und optimierter Distribution erwartet Daimler Chrysler, dass die Kosten weiter sinken. Da biogene Kraftstoffe seit dem letztem Jahr von der Mineralölsteuer ausgenommen sind, könnte Biotrol schon heute zu wettbewerbsfähigen Preisen angeboten werden.

Prof. Herbert Kohler, Umweltbevollmächtigter des Konzerns und Forschungsdirektor, sagte während der Eröffnung der ersten Zapfsäule: „Der neue Biokraftstoff, eine farblose, klare Flüssigkeit, unter-

scheidet sich grundsätzlich von allen anderen bisherigen aus Biomaterial hergestellten Kraftstoffen“.

Noch steht der Kraftstoff nur in kleinen Mengen zur Verfügung. Die Produktionsanlage von Choren ist ein Pilotprojekt, das aber bald durch eine zweite Anlage mit einer höheren Herstellungskapazität und weiter entwickelter Technik ergänzt werden soll. Zuvor stehen intensive Forschungsarbeiten mit dem neuen Kraftstoff an, Daimler Chrysler und Choren

seien jedoch zuversichtlich, dass die Erwartungen an den neuen Kraftstoff auch erfüllt werden. Zusätzlich berichtete Daimler Chrysler von wesentlichen Fortschritten bei der Senkung des Kraftstoffverbrauchs durch weiterentwickelte konventionelle Antriebe. Allein im letzten Jahr habe sich der Flottenverbrauch um fast 4 % auf 7,5 Liter pro 100 Kilometer verringert. In 2002 wendete der Konzern für den Umweltschutz 1,7 Mrd. Euro auf.

Deutsche wollen radikales Umlenken im Energiesektor

[http://www.ngoonline.de/ganze_nachricht.php4?Nr=669, 18.07.2003] Um Energie zu sparen, sollten nach Meinung der meisten Deutschen radikale Maßnahmen ergriffen werden. 58 Prozent der Frauen und 44 Prozent der Männer sind dafür, einen autofreien Tag pro Woche einzuführen. Das hat eine repräsentative Umfrage des Wissensmagazins P.M. ergeben (Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid, 1.000 Befragte).

Zwei Drittel aller Deutschen (65 Prozent) glauben, dass generell nicht genügend nach neuen Energiequellen geforscht wird. 62 Prozent sind davon überzeugt, dass sie selbst viel Energie sparen könnten, ohne sich dabei einschränken zu müssen.

Fast alle Befragten setzen auf alternative Energie:

- 96 Prozent sind der Meinung, Sonnenenergie müsse noch viel stärker genutzt werden, und
- 81 Prozent glauben, "wenn es Pflicht wäre, auf jedem Haus Solarzellen zu installieren, wäre Solartechnik viel billiger und eine

echte Alternative zu herkömmlichen Energiequellen".

- 66 Prozent sind der Ansicht, es sollten "viel mehr Windräder" aufgestellt werden.
- An der Atomenergie scheiden sich die Geister - Akzeptanz und Ablehnung halten sich annähernd die Waage.
- Die Mehrheit der Frauen (56 Prozent) ist dafür, alle Kernkraftwerke stillzulegen, während 58 Prozent der Männer die Atomkraft für notwendig halten.
- Sieben Prozent der Bundesbürger sind der Ansicht, dass Benzin teurer werden muss, um den Verbrauch zu reduzieren, und
- acht Prozent halten es für gerechtfertigt, Kriege zu führen, um die eigene Energieversorgung zu sichern.

Bundesumweltminister Trittin: Entscheidung der EU-Kommission ist Sieg der Vernunft

[BMU Pressedienst Nr. 131/03, 23. Juli 2003] Zur Entscheidung der EU-Kommission, kein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen der bis zum 1. Oktober 2003 befristeten Übergangsregelung einzuleiten, erklärt Bundesumweltminister Jürgen Trittin: "Wir nehmen die Entscheidung der EU-Kommission, kein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik wegen der Dosenpfand-Übergangsregelung einzuleiten, befriedigt zur Kenntnis. Das ist ein Sieg der Vernunft. Damit ist das Kalkül derjenigen, die seit Monaten und Jahren versuchen, die Pfandregelungen zu hintertreiben, gescheitert. Vor diesem Hintergrund erteilen wir auch allen Spekulationen über eine einstweilige Aussetzung der Dosenpfandregelung eine Absage.“

Die Bundesregierung sieht auch keinerlei Veranlassung für ein Vertragsverletzungsverfahren oder eine Aussetzung der Übergangsregelung. So unbefriedigend die Übergangsregelung für Verbraucher derzeit auch ist, sie ermöglicht der Einwegseite in Handel und Industrie, bis zum 1. Oktober ein verordnungskonformes Rücknahmesystem aufzubauen. Darüber hinaus wurde mit der Übergangsregelung gerade den Interessen der Importeure entsprochen. Die tatsächliche Entwicklung am Getränkemarkt bestätigt dies, so hat etwa der Import von Mineralwässern in die Bundesrepublik im ersten Halbjahr um 15 Prozent zugelegt.

In weniger als 10 Wochen wird in Deutschland ein bundesweites Rücknahmesystem bestehen, dem be-

reits zu Anfang 100.000 Verkaufsstellen abgeschlossen sein werden und das die Anforderungen des europäischen Binnenmarktes in vollem Umfang erfüllen wird. Das System wird diskriminierungsfrei

offen sein für alle Hersteller und Vertreiber von Getränken in Einwegverpackungen, egal, ob sie aus Deutschland oder dem europäischen Ausland kommen.

Solarstrom wird auch künftig gefördert

[BMU Pressedienst Nr. 121/03, 10. Juli 2003] Bundesumweltminister Jürgen Trittin hat angekündigt, dass die Förderung der Solarenergie auch nach dem Auslaufen des 100.000-Dächer-Programms zum Jahresende fortgesetzt wird. Zwar werde die Bundesregierung keine Neuauflage dieses Programms beschließen, doch werde es auch in Zukunft zinsgünstige Darlehen für die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen auf und an Gebäuden geben. "Die Steigerung der Absatzzahlen ist von zentraler Bedeutung für die Markteinführung der Photovoltaik. Die einzelne Anlage muss auf Dauer billiger werden, damit sich die Solarenergie auf dem Markt behaupten kann", sagte Trittin heute bei der Einweihung einer Solarstromanlage in Rüsselsheim.

Das im Rahmen des 100.000 Dächer Programm definierte Ziel von 300 MW installierter Leistung ist bereits überschritten. Deshalb hatte die KfW nur noch bis zum 30. Juni 2003 Förderanträge annehmen können. "Wir werden die Förderung der Photovoltaik jetzt mit anderen Mitteln betreiben", sagte der Bundesumweltminister. So sollen bei der anstehenden Reform des Erneuerbare - Energien-Gesetzes (EEG) die Fördersätze für kleine Anlagen auf Hausdächern weiter differenziert werden. Für Photovoltaikanlagen am Boden soll eine degressiv gestaltete Einspeisevergütung eingeführt werden. "Sie wird allerdings niedriger sein als die für Anlagen auf und an Gebäuden", sagte Trittin. "Wir wollen damit einen Anreiz zum Bau großer Anlagen von mehr als 100 kW geben." Zudem stehen auch weiterhin zinsgünstige Darlehen für Photovoltaik-Anlagen aus dem KfW-Umweltprogramm und dem CO₂-Minderungsprogramm der KfW zur Verfügung.

Trittin sagte, die Bundesregierung habe bei der

Markteinführung der Solarenergie bereits viel erreicht: "Während eine Familie 1990 für eine komplette Solaranlage mit 3 kW Leistung noch 38.000 Euro zahlen musste, muss sie heute nur noch rund 20.000 Euro dafür aufbringen." Die bisherige Preisreduktion reiche allerdings noch nicht, um mit den Kosten für den solar erzeugten Strom in die Nähe der Wirtschaftlichkeit zu kommen. "Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir die Subventionierung der fossilen Energiewirtschaft abbauen", sagte Trittin. Notwendig sei es zudem, die Photovoltaikanlagen durch Forschung und Entwicklung zu verbessern, um die Wirkungsgrade der Zellen weiter zu erhöhen. Schließlich müsse eine eigenständige Siliziumproduktion für die Solarindustrie aufgebaut werden. Das würde die Kosten erheblich senken.

Deutschland liegt bei der Photovoltaik schon jetzt hinter Japan an zweiter Stelle weltweit. Die Ausbaupotentiale sind noch gar nicht absehbar. Denn die Nachfrage nach Photovoltaik und nach solarthermischen Kraftwerken wird weltweit steigen. Trittin: "Der Klimawandel erfordert eine globale Energiewende. Jedes Land braucht moderne Umwelt- und Energietechnik - und es gibt ein globales Interesse daran, dass alle Länder sie bekommen."

Trittin kündigte an, er werde sich im September bei der WTO-Konferenz in Cancun dafür einsetzen, dass Anlagen der Umwelttechnologie, umweltfreundliche Produkte und Umweltdienstleistungen von Zöllen und anderen Handelsschranken befreit werden. Er verwies auch auf die Weltkonferenz zum Ausbau erneuerbarer Energien, zu der die Bundesregierung für den Juni 2004 nach Bonn eingeladen habe. "Wir wollen dort Aktionspläne und Finanzierungsinstrumente entwickeln und verabschieden", sagte Trittin.

Schäuble: Klimaveränderung nicht länger ignorieren!

[<http://www.sonnenseite.com>, 29.07.2003] In den Tagen, in denen Wolfgang Schäuble als Bundespräsidenten-Kandidat der Union gehandelt wird, setzt das Präsidiumsmitglied der CDU auf Umweltpolitik.

Im Berliner "Tagesspiegel" schreibt der frühere CDU-Chef: "Von Umweltschutz haben wir in den vergangenen Jahren - außer der immer unerträglicher werdenden Debatte über das Dosenpfand - vergleichsweise wenig gehört, und jetzt können wir

die Klimaveränderung kaum noch ignorieren. Das wird so nicht gut weiter gehen. Und deshalb bin ich sicher, dass ökologische Nachhaltigkeit in der politischen Debatte bald wieder einen höheren Stellenwert gewinnen wird, mit oder ohne rot-grüne Bundesregierung." Nach der knapp verlorenen Bundestagswahl im September 2002 analysierte der CDU-Vorstand zwei wesentliche Gründe für den Verlust der Wahl: Den von Stoiber vernachlässigten Um-

weltschutz und die Angst vieler Umweltschützer, eine CDU/CSU/FDP-Bundesregierung werde die Förderung Erneuerbarer Energien reduzieren. Aus dieser internen CDU-Analyse scheint im Gegensatz zu Schäuble der baden-württembergische Ministerpräsident Teufel nichts gelernt zu haben. Erwin Teufel sagte soeben zum wiederholten Mal "Windräder verschandeln die Landschaft". Atomkraftwerke verschönern wohl die Landschaft.

Umweltbundesamt legt Jahresbericht 2002 vor

Der Strombedarf in Deutschland kann bis zum Jahr 2020 um zwölf Prozent reduziert werden. Voraussetzung dafür sind neben dem konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien drastische Energiesparmaßnahmen und die Steigerung der Energieeffizienz. Das betonte Bundesumweltminister Jürgen Trittin jetzt bei der Vorstellung des Jahresberichts 2002 des Umweltbundesamts (UBA). Neben dem Thema Energiesparen beschäftigt sich der Bericht mit gesunder Raumluft, erneuerbaren Energiequellen, Gesundheitsgefahren durch Chemikalien und mit den Fortschritten bei der Luft-, Wasser und Bo-

denqualität. So hat sich laut UBA beispielsweise die Luftqualität in Deutschland in den vergangenen Jahren stark verbessert. Der Jahresmittelwert der Schwefeldioxid-Belastung ging seit 1990 um etwa 90 Prozent zurück, die Stickoxid-Belastung im Mittel um mehr als 40 Prozent.

Der Jahresbericht 2002 ist kostenlos erhältlich bei: Umweltbundesamt, Zentraler Antwortdienst, Postfach 33 00 22, 14191 Berlin, Fax: 030/89 03-2912.

Als Download im Internet:

<http://www.umweltbundesamt.org/fpdf-l/2315.pdf>

6. WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN INTERNATIONAL

Gletscher haben Fieber

[<http://www.sonnenseite.com>] Die Klimaforscher streiten noch, ob der Bergrutsch am Matterhorn etwas mit dem Klimawandel zu tun habe. Einig sind sich die Klimaforscher allerdings, dass die Gletscher an hohem Fieber leiden und sie wegen des Treibhauseffektes schmelzen. Bis zum Ende des Jahrhunderts können bis auf den Jungfrau-Gletscher alle Alpen-Gletscher verschwunden sein. Alpengletscher sind wie das Eis an den Polen Anzeiger des Klimawandels.

In diesem Jahr nahm die Eisdecke des Aletsch - Gletschers bei Grindelwald allein im Juni um drei Meter ab - der heiße Juli wird ähnliche Messdaten bringen. Seit 140 Jahren - seit Beginn des Industriezeitalters schmilzt der Aletsch - Gletscher. Im Winter 1859/60 maß der Eisblock noch 26,5 Kilometer, heute noch knapp 23,5 Kilometer. Noch nie

schmolz der Gletscher so rasch wie im Sommer 2003.

Der Leiter des Naturschutzzentrums Villa Cassel im Kanton Wallis, Lauda Albrecht, sagt: "Dass der Gletscher im Sommer schmilzt, ist normal. Aber dass er jedes Jahr mehr und schneller schmilzt, dass jedes Jahr ein neues Extremjahr ist, da ist nicht normal."

Seit 1985 hat die gesamte Fläche aller Alpengletscher um 20 Prozent abgenommen. Das Tempo hat eine nie da gewesene Dimension erreicht. Das weltweite Schmelzen des Eises belegt den Klimawandel, der zu zwei Drittel durch das Verbrennen von Kohle, Gas und Öl bewirkt wird. Gletscher zeigen nicht kurzfristige Wetterphänomene, sie sind vielmehr das Langzeitgedächtnis des Klimas, eine Art Fieberthermometer des Klimas.

Swiss bank UBS chooses BP "best-in-class oil corporation"

The second quarterly newsletter 2003 of UBS (Lux)

Equity Fund - Eco Performance comments on the

positive performance of the last three months. The main topic this time is rather controversial - the oil industry. The UK oil group BP is hereby presented as a leader company.

Hereby the comment of Paul Metz, Member of the FÖS advisory board:

In the sustainable energy investment community BP and Shell are by most experts seen as the two leading companies in the transition of the energy sector to sustainable development. Both companies are very comparably subject to both constructive criticism and justified activism and to praise by CSR-investment analysts and (non-)governmental organisations. This generally resulted in a relatively positive image among the fossil fuel suppliers in the mainstream financial press and public opinion.

Now UBS selects one of these two as 'best-in-class'. This raises the question which criteria dominated and how far Shell is behind BP in the comparison. Perhaps a classification of "two-best-in-class-ex-aequo" would be fair? In the world striving for the new paradigm of sustainability this concept of 'the winner takes it all' is considered outdated and seen as one of the main causes of unsustainable development until today.

These questions I asked the UBS Eco Performance Fund and I am glad with the answer, which could not be found clearly formulated in the report. Dr Gerhard Wagner and his staff in Zurich confirmed that these questions have been discussed extensively during the analysis and that indeed both companies are on the same level of operational quality. BP was selected as the best for its leadership in the sector because: 1. chairman John Brown was the first oil-

man to recognise publicly - in 1997, just before the Kyoto Summit - that 'climate change' is serious and requires action; and 2. it was the first global company to announce a 10% emission reduction commitment and to introduce internal emission trade to achieve it - and teach the world that this can work. This makes Shell 'as a good follower' second to BP and not ex - aequo 'second first'.

I fully agree with this choice to reward leadership and courage - within the limits of this group of companies, as many more 'smaller' leaders are available. Courage is the scarcest factor in business and in politics and the most limiting factor to organise the transition to a global economy that respects human rights and nature as much as financial stability - sustainable globalisation. Too often 'the competition' has a paralysing effect and makes business and politicians afraid of initiatives - cowards instead of the leaders we need. This month BP again showed such courage: with the UK government it supports an international call for transparency in the payments for the extraction of mineral and fossil resources. The secrecy around these very big deals is an important cause of corruption, dictatorship, secret accounts and results in wars and poverty.

Will Shell (again!) - and the Dutch government - follow BP and the UK government soon and jointly convince the EU partners and the rest of the civilised world? If possible before the WTO ministerial on 'fair trade' in September in Cancún! Lack of corrective actions is very expensive.

For the complete report, see (PDF): http://www.foes-ev.de/downloads/UBS_Eco_Perf_BP_0603.pdf

Neue Energie für ein neues Europa

[<http://www.sonnenseite.com>, 11.07.2003] Am 1. Mai 2004 treten 10 neue Staaten aus Mitteleuropa und Südosteuropa der Europäischen Union bei. Die EU-Kommission in Brüssel hat für die 10 neuen Beitrittsländer Zielvorgaben für den Ökostromanteil erstellt. Denn mit dem Beitritt am 1. Mai 2004 gilt auch in diesen Ländern automatisch die Ökostrom-Richtlinie der EU. Im Durchschnitt sollen die neuen EU-Länder bis 2010 elf Prozent Ökostrom produzieren.

Für einige Staaten wie Zypern, Estland, Malta oder Ungarn bedeutet diese Entwicklung eine große Aufgabe, dass sie praktisch bei Null anfangen. Vie-

le Wissenschaftler, Techniker, Politiker, Unternehmer und Journalisten aus Westeuropa werden und die Hilfestellung leisten müssen, wenn die ehrgeizigen Ziele erreicht werden sollen. Die beste Hilfe wird freilich sein, wenn die alten Mitgliedstaaten ihre Hausaufgaben erfüllen und ihren Anteil von 13 Prozent Ökostrom bis 2010 tatsächlich verdoppeln. Dann werden die neuen Länder auch ihr Ziel von 11 Prozent in sieben Jahren erreichen. Das Thema Energie kann zum Motor der Vereinigung und zum "Kern des Europa der 25" werden. So wie vor 47 Jahren beim Start in die EWG die Atomenergie über den Euratomvertrag das Zusammenwachsen Europas förderte, kann künftig der

Ausbau der Erneuerbaren Energien die Integration des neuen Europa fördern. Motor: Neue Energie für ein neues Europa.

Mehr zur Ökosteuerlinie der EU:
http://www.europa.eu.int/comm/index_de.htm

In den einzelnen Ländern soll die Entwicklung zwischen 1999 und 2010 so aussehen:

Zielmarke: elf Prozent

Geplanter Ausbau des Ökostrom-Anteils in den zehn Beitrittsländern

Land	Ökostrom-Produktion (1999 in TWH)	Anteil 1999 * (in %)	Anteil 2010 (in %)
Estland	0,02	0,2	5,1
Lettland	2,76	42,4	49,3
Litauen	0,33	3,3	7,0
Malta	0,0	0,0	5,0
Polen	2,35	1,6	7,5
Slowakei	5,09	17,9	31,0
Slowenien	3,66	29,9	33,6
Tschechien	2,36	3,8	8,0
Ungarn	0,22	0,7	3,6
Zypern	0,002	0,05	6,0
Summe	16,8	5,4	11,1
EU der 25	355,2	12,9	21,0

US-Regierung manipuliert Umweltbericht

[<http://www.sonnenseite.com>, 30.06.2003] Die US-Regierung hat in einem Umweltbericht ihrer Umweltschutzbehörde EPA alle Hinweise auf die Gesundheits- und Umweltgefahren durch Klimawandel streichen lassen. Einige demokratische Senatoren warfen daraufhin den republikanischen Präsidenten Bush vor, den Bericht seiner eigenen Behörde manipuliert zu haben.

In einem internen EPA-Memorandum heißt es dazu, die vom Weißen Haus durchgesetzten Änderungen im ursprünglichen Bericht "repräsentieren nicht

länger den wissenschaftlichen Konsens zum Klimawandel", so berichtet es die Nachrichtenagentur AP. 2002 hatte die Regierung Bush den weltweiten Klimawandel erstmals akzeptiert, aber den originellen Vorschlag gemacht, dass sich Menschen, Tiere und Pflanzen an den Klimawandel einfach anpassen sollten. Seit über zwei Jahren weigert sich die Regierung Bush das Kioto-Protokoll zu unterzeichnen, in denen sich die Industriestaaten verpflichten, bis 2012 die Treibhausgase um fünf Prozent zu reduzieren.

Draft rules for Italian renewables panned

[Environment Daily 1477, 04/07/03] Italian government proposals to revise national energy market rules and transpose the EU's 2001 directive on renewable energy are both "unclear and contradictory" and will not support the renewables sector, according to the Italian association of renewable energy producers (Aper). In a statement this week,

Aper objected to plans in the draft energy law to allow energy recovery from municipal waste, animal carcasses and combined heat and power to receive the same support as wind and solar energy. The reform has still to be voted in parliament, following several delays.

See <http://www.aper.it/sito/main.asp>

Anstieg der weltweiten CO₂-Emissionen im Jahr 2002

[Pressemitteilung Ludwig-Bölkow-Systemtechnik und Germanwatch, 14. Juli 2003] Die weltweiten, energiebedingten CO₂-Emissionen sind im Jahr 2002 um 3 Prozent gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Dies geht aus einem heute veröffentlichten Arbeitspapier von Ludwig-Bölkow-Systemtechnik (LBST) und Germanwatch hervor, das die aktuelle Entwicklung der globalen energiebedingten Kohlendioxidemissionen analysiert. Dem Papier zufolge blieben die Emissionen der Industrieländer konstant, während die Entwicklungsländer eine Zunahme um 7 Prozent verzeichneten. Doch hinter den gegenläufigen Bilanzen von Industrie- und Entwicklungsländern verbirgt sich eine andere Wahrheit. Der scheinbare Erfolg der Industriestaaten beruht immer noch auf der Rezession in den ehemaligen Ostblockländern; die meisten westlichen Industrieländer weisen seit 1990 praktisch keine Fortschritte bei der Reduzierung ihrer Treibhausgasemissionen auf.

"Nach offiziellen Projektionen für die hochindustrialisierten Industrieländer wird bis zum Jahr 2010 mit einem Anstieg um 17 Prozent gegenüber 2000 gerechnet," kommentiert Dr. Manfred Treber, Klimareferent der Nord-Süd-Initiative Germanwatch. "Wenn sich das nicht ändert, wird kein Entwicklungs- oder Schwellenland irgendwelchen Einschränkungen durch klimapolitische Maßnahmen zustimmen, die es selbst betrifft."

Unter den Entwicklungs- und Schwellenländern weisen Thailand, Malaysia und Südkorea mit einer Zunahme um jeweils rund 120 Prozent den höchsten Anstieg von 1990 bis 2002 auf. Entwicklungsländern wird derzeit - angesichts ihrer geringen Pro-Kopf-Emissionen - weiteres Emissionswachstum zugebilligt. "Einiges spricht allerdings dafür, dass die starke Zunahme in den Entwicklungsländern im letzten Jahr teilweise ein statistischer Effekt ist. Möglicherweise war beispielsweise der Rückgang

der Emissionen in China Ende der 90er Jahre nicht so stark wie bislang dargestellt, so dass die höheren Emissionen Chinas im Jahr 2002 teilweise auf einer Anpassung der Daten beruhen," erklärt Dr. Werner Zittel (LBST).

Eine weitere, bedenkliche Erkenntnis des Arbeitspapiers: "Zwar findet seit 1990 erfreulicherweise weltweit ein leichter Rückgang der Kohlenstoffintensität statt, was vor allem am sinkenden Anteil der Kohle am Energieverbrauch liegt," so Zittel. In den letzten beiden Jahren jedoch habe die Kohlenstoffintensität (diese gibt an, wie viel Kohlendioxid pro verbrauchter Energiemenge frei wird) wieder zugenommen - vermutlich wegen des hohen Ölpreises und der in der Folge wieder angestiegenen Kohlenutzung. Das gälte auch für den weltgrößten Verursacher von Treibhausgasen, die USA. "Es ist eine Schande, dass in dem Land, das ohnehin den höchsten Pro-Kopf-Ausstoß an Treibhausgasen hat, auch noch der Kohleverbrauch ansteigt," beklagt Treber. "Das US-Emissionswachstum von 1990 bis 2000 lag doppelt so hoch wie der weltweite Durchschnitt." Demgegenüber verzeichnete China in den letzten Jahren insgesamt sogar einen Rückgang des Verbrauchs von Kohle als seinem wichtigsten Energieträger. In den vergangenen beiden Jahren stieg der Kohleverbrauch in China zwar wieder an, 2002 lag er aber immer noch unter dem Wert von 1997. Das Arbeitspapier rechnet die im jährlichen 'BP Statistical Review of World Energy' ausgewiesenen Energieverbrauchswerte in Kohlendioxidemissionen um. Die so entstehenden absoluten Emissionswerte sind bestens geeignet, um Trends und die relative Entwicklung der Emissionen aus der Verbrennung fossiler Energieträger abzubilden.

Das vollständige Arbeitspapier kann unter <http://www.germanwatch.org/rio/apbpst03.htm> abgerufen werden.

BP Statistical Review of World Energy 2003 - Erdöl weltweit aus mehr Quellen

[Pressemitteilung BP, 19. Juni 2003] Die Versorgungsquellen für Erdöl sind in der Welt immer breiter gestreut und die weltweiten Ölförderkapazitäten übersteigen deutlich die Nachfrage, so BP-Chefvolkswirt Prof. Peter Davies bei der Vorstellung des BP Statistical Review of World Energy 2003.

Daher waren die Ölförderländer in der Lage, während des Irak-Krieges bzw. während unplanmäßiger Produktionsausfälle in Venezuela und Nigeria den Bedarf der Ölkonsumenten zu decken. Die Verbraucherländer mussten ihre Notreserven nicht anzapfen. "Das sind gute Nachrichten im Hinblick auf die Versorgungssicherheit, zuviel Zufriedenheit

wäre jedoch nicht angebracht", sagte Davies. Erschreckendes gibt es auch in der Studie: so stieg der Kohleverbrauch in China in einem Jahr um 27,9 %. Da die globale Ölnachfrage schwach und die Förderung aus Nicht OPEC-Ländern um 1,45 Mio. Barrel pro Tag angestiegen war, reduzierte die OPEC ihre durchschnittliche Tagesförderung um 1,87 Mio. Barrel pro Tag. Gleichzeitig griff sie auf eine Reservekapazität von fast 4 Mio. Barrel pro Tag zurück, um den Markt während des Irak-Krieges zu versorgen. Insgesamt ging die Produktion der OPEC in drei der letzten vier Jahre zurück. "Das ist das Ergebnis einer wachsenden Ölversorgung aus anderen als OPEC-Quellen, und das wird wohl noch eine Weile so weitergehen", so Davies. "Die russische Ölproduktion ist in drei Jahren um 25% gestiegen! Hinzu kommt in mehreren Kontinenten und Regionen eine Gruppe neuer, Erdöl fördernder Gebiete, deren Förderung jetzt schnell wächst. "Die Produktion in Russland, im Kaspischen Meer, im Tiefwasser des Atlantiks und in Kanada ist seit drei Jahren um insgesamt 3,3 Mio. Barrel pro Tag angewachsen (+26,5 %) - und hat das Potenzial, bis 2007 um weitere 5 Mio. Barrel pro Tag zu wachsen. Auf China entfielen in 2002 rund 69 % des weltweit gestiegenen Primärenergie-Verbrauchs. Das Land ist zu einem der größten Energieverbraucher und -importeure geworden. Der Einsatz von Kohle, die 66 % des chinesischen Energieverbrauchs ausmacht, stieg mit 27,9 % gewaltig. Der Ölverbrauch erhöhte sich um 5,8 % bzw. 332.000 Barrel pro Tag; dies entspricht dem gesamten Anstieg des Ölverbrauchs im Jahre 2002. China hat damit Japan als zweitgrößter Ölkonsument bereits überholt. Erdgas ist der weltweit bevorzugte Brennstoff außerhalb des Transport-Bereichs. Außerhalb der ehemaligen Sowjetunion stieg der Erdgasverbrauch im letzten Jahrzehnt um jährlich 3,4 %, der Anteil von Erdgas am gesamten Energieverbrauch ist mit 24 % ungefähr so hoch wie bei Kohle. Der Erdgasverbrauch in den USA erhöhte sich 2002 um 3,9 %, während die Erdgasförderung in Nordamerika um 1,8 % fiel. Importiertes Flüssigerdgas füllt die Lücke zum Teil. Die Gasförderer prüfen jetzt verschiedene Optionen, um diesen wachsenden Markt mit Erdgas bzw. Flüssigerdgas aus neuen Quellen zu versorgen. Marktfähige erneuerbare Energien (außer Wasserkraft) verzeichnen ein schnelles Wachstum, ihr Beitrag zur gesamten Stromerzeugung in der Welt bleibt jedoch klein (1,7 % in 2000

gegenüber 1 % in 1990). Der Preis für Brent betrug 2002 durchschnittlich \$ 25,19 pro Barrel, etwas über dem Durchschnittspreis von \$ 24,77 in 2001 und deutlich über dem Jahresdurchschnitt seit 1986 von \$ 19,40. Die Preise bewegten sich zwischen einem Tiefstand von rund \$ 18 pro Barrel Mitte Januar und einer Höchstnotierung von \$ 32 kurz vor Jahresende. Der weltweite Ölverbrauch blieb fast konstant. Der leichte Anstieg um 290.000 Barrel von 75,5 auf 75,7 Mio. Barrel pro Tag geht auf das Konto Chinas, wo der Ölverbrauch um 5,8 % (332.000 Barrel pro Tag) stieg. Weltweit ging die Ölproduktion um 415.000 Barrel pro Tag (0,7 %) zurück, und zwar von 74,4 auf 73,9 Mio. Barrel. Die tägliche Ölproduktion der OPEC fiel auf 28,2 Mio. Barrel pro Tag, dies entspricht einem Rückgang um 1,87 Mio. Barrel (6,4 %) pro Tag. Die Gründe für diesen deutlichen Rückgang waren unvorhersehbare Ausfälle bzw. eine reduzierte Förderung seitens einiger OPEC-Produzenten - hauptsächlich Saudi-Arabien - als Reaktion sowohl auf die schwache Nachfrage als auch auf eine signifikante Erhöhung der Ölförderung in Nicht-OPEC-Ländern um 1,45 Mio. Barrel. Starke Erhöhungen der Tagesproduktionen gab es in Russland (640.000 Barrel), Kasachstan (150.000 Barrel), Kanada (170.000 Barrel), Angola (160.000 Barrel) und Brasilien (160.000 Barrel). Der weltweite Verbrauch von Erdgas stieg 2002 verhältnismäßig stark um 2,8 %. Gründe hierfür waren ein um 3,9 % erhöhter Verbrauch in den USA und ein um 7 % höherer Verbrauch in den Nicht-OECD-Ländern des Asien-Pazifik-Raumes. Der Anstieg des Erdgasverbrauchs war höher als der des globalen Verbrauchs an Primärenergie, sein Anteil am gesamten Energieverbrauch ist mit 24 % jetzt ungefähr so hoch wie bei Kohle. Weltweit stieg die Erdgasproduktion um 1,4 % von 2.493 Mrd. m³ auf 2.527 Mrd. m³. Nur in Nordamerika fiel die Produktion, und zwar um 1,8 % von 779 auf 766 Mrd. m³. Der Produktionsrückgang lässt sich zum Teil durch eine preisbedingte Reduzierung der Bohraktivitäten erklären, die fortgeschrittene Ausbeutung der Erdgasquellen in den USA und Kanada spielte jedoch auch eine Rolle. Kohle konnte 2002 das größte Wachstum verzeichnen, der Kohleverbrauch stieg um 6,9 %. Grund hierfür war eine erstaunliche Erhöhung um 27,9 % in China. Wenn man China nicht berücksichtigt, stieg der weltweite Verbrauch um nur 0,6 %. Der Verbrauch an Kernkraft erhöhte sich um 1,5 %,

das meiste davon in Asien. Der weltweite Verbrauch an Wasserkraft stieg gegenüber 2001 um 1,3 %, lag jedoch immer noch unter dem Wert von 2000. Kernkraft und Wasserkraft machen je etwa 6 % des gesamten Energieverbrauchs in der Welt aus.

Für Großkonzerne ist Klimaschutz nur heiße Luft

[News Nachhaltigkeit 23.07.2003] Die meisten der 20 größten Industrieunternehmen kümmern sich wenig um die finanziellen und ökologischen Risiken durch den globalen Klimawandel. Nur wenige der international agierenden Konzerne aus den Bereichen Rohstoffe, Energieversorgung und Automobilindustrie haben Klimaschutz zum Unternehmensziel erklärt oder Maßnahmen eingeleitet, um ihren Energie- und Ressourcenverbrauch zu drosseln und alternative Techniken zu entwickeln. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage des amerikanischen Investor Responsibility Research Center (IRRC), das große institutionelle Anleger berät. Bei der Umfrage wurden 14 spezifische Aktivitäten abgefragt, darunter die Bedeutung von Klimaschutzziele in Vorstand und Management, die Kommunikation über Nachhaltigkeit und Umweltziele, der Aufwand, mit dem Emissionsdaten regelmäßig erhoben und überprüft werden, die Beteiligung an Programmen zum Emissionshandel und die Förderung von erneuerbaren Energien.

17 der befragten Unternehmen beschäftigen sich zwar mit erneuerbaren Energien, und im Vorstand ist Klimaschutz bei den meisten ein Diskussions-thema, die Investitionen für konkrete Maßnahmen aber belaufen sich laut IRRC "auf einen winzigen Bruchteil" des Gesamtbudgets. Alle 20 Konzerne haben sich für eine Stärkung des Umweltschutzes ausgesprochen und verfügen über Umweltbeauf-

tragte, aber nur drei haben sich konkrete Emissionsminderungs-Ziele gesetzt und nur neun der Unternehmen erwähnen Umweltschutz und Nachhaltigkeit als Geschäftsfelder in ihrem Jahresbericht.

Am schlechtesten schneiden diejenigen Unternehmen ab, die in erster Linie in den USA tätig sind. Ölkonzerne wie Chevron Texaco, Conoco Phillips und Exxon Mobil konzentrieren ihre Forschungen im wesentlichen darauf, mit verbesserten Techniken neue Öl- und Gasvorkommen zu erschließen. Europäische Konkurrenten wie BP und Shell dagegen haben sich mittlerweile ein zweites, starkes Standbein in erneuerbaren Energien geschaffen, lobt das IRRC. In der Automobilindustrie seien die Japaner bei der Entwicklung von Elektroautos und emissionsarmen Antrieben führend, während Unternehmen wie Ford, GM oder Daimler Chrysler weiterhin im wesentlichen Fahrzeuge mit hohem Spritverbrauch entwickeln. Am Ende der Liste stehen die US-Energieversorger, die nach wie vor auf fossile Kraftwerkstechnik setzen, unbeeindruckt davon, dass auch in den USA der Druck auf die Kraftwerksbetreiber als große Treibhausgasemittenten steigt und die gesetzlichen Vorgaben für die Emissionen von Kraftwerken schärfer werden.

Weiteres unter

http://www.bpprese.de/funktion_presse/cont_101_1_2.php?doc_art=pdf&kont_subj=17833

Weiteres unter

http://www.nachhaltigkeitsrat.de/aktuell/news/2003/23-07_04

Klimawandel bedroht Auto- und Tourismusbranche

[News Nachhaltigkeitsrat, 09.07.2003] Klimawandel ist nicht nur ein ökologisches, sondern in hohem Maße auch ein ökonomisches Thema: Politische Maßnahmen zum Klimaschutz und die Zunahme von Klimakatastrophen haben für Branchen wie die Tourismus- oder Autoindustrie und die Versicherungswirtschaft direkte Auswirkungen. Umso mehr verwundert es, dass die mit dem Klimawandel verbundenen Risiken in der Unternehmensanalyse derzeit noch keine Rolle spielen, meldet die Westdeutsche Landesbank (West - LB).

In einer Grundsatzstudie untersuchten Analysten von West LB Panmure erstmals, mit welchen Bewertungsabschlägen börsennotierte Unternehmen in Branchen mit einem hohen "Klima-Risiko" rechnen müssen. Auf der Basis volkswirtschaftlicher Modellrechnungen kommen die Analysten für die Aktienmärkte weltweit auf ein Risikopotenzial in der Größenordnung von 200 bis 900 Milliarden Dollar. Der Druck auf die Unternehmen, sich dem Thema Klimawandel zu stellen, werde in Zukunft eher noch zunehmen. Hierfür sprechen unter anderem

das Inkrafttreten des Kioto-Protokolls, die Einführung von Emissionshandelssystemen, das Auftreten extremer Wetterereignisse und die damit verbundenen hohen Kosten sowie das zunehmende Risiko

von Schadensersatzprozessen, betonen die Autoren. Besonders hoch sei das Risikopotenzial in den Sektoren Auto, Energie, Gesundheit und Versorger. Weitere Infos: <http://www.nachhaltigkeit.de>

US-Bundesstaat Maine verabschiedet Gesetz mit Zielen und Zeitvorgaben

[KlimaKompakt Nr. 28 / Juli 2003] Das Engagement der Bush-Administration hinsichtlich des Klimaschutzes ist nach wie vor sehr begrenzt. Dies verdeckt jedoch oft den Blick darauf, dass unterhalb der föderalen Ebene die Herausforderung des Klimawandels von vielen Akteuren in den USA anders beurteilt wird. Einzelne Bundesstaaten ergreifen selbst Maßnahmen. Maine ist dabei Vorreiter, wie J. Weinstein am 25. Juni 2003 im Portland Press Herald berichtet (Übersetzung durch Germanwatch).

"Während Mitglieder des Kongresses nationale Maßnahmen verlangen, um Treibhausgasemissionen zu reduzieren, wird der Gouverneur John Baldacci am Donnerstag ein bundesstaatliches Gesetz unterzeichnen - das erste der Nation - um genaue Ziele und Zeitvorgaben zu setzen, die Kohlenstoffdioxidverschmutzung zu verringern. Obwohl Maine der erste Staat mit einem Gesetz zu diesem Thema ist, haben sich auch andere Staaten mit Kohlenstoffdioxidemissionen beschäftigt. Im August 2001 unterzeichnete der damalige Gouverneur Angus King ein Übereinkommen mit anderen Gouverneuren Neuenglands und ostkanadischen Premiers, das ähnliche Ziele für die Region festlegt. Seitdem haben New Hampshire, Massachusetts und Rhode Island Handlungspläne entwickelt und Vermont hat eine Durchführungsverordnung erlassen, um die Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Keiner hat jedoch seine Pläne in ein Gesetz verwandelt. Maines Gesetz wird von dem Staat verlangen, einen "climate change action plan" zu entwickeln. Die

bundesstaatliche Umweltschutzabteilung wird mit bundesstaatlichen Behörden, Einzelpersonen, Unternehmen und anderen zusammenarbeiten, um Wege zu finden, Kohlenstoffdioxidemissionen bis 2010 auf das Niveau von 1990, bis 2020 auf 10 Prozent unter dieses Niveau und letzten Endes um ganze 80 Prozent zu senken. (...) Ted Koffman von der Demokratischen Partei (...) sagte "In manchen Fällen könnte ein regulierender Ansatz der effektivste und angemessenste Weg (...) sein. In anderen Fällen könnte Bildungsarbeit und technische Hilfe das sein, was gebraucht wird." Jim Marston (Environmental Defense) äußerte, dass es besonders jetzt, da Washington sich nicht mit Treibhausgasen beschäftige, wichtig für die Bundesstaaten sei einzuspringen. Ein Berichtsentwurf der US-Umweltschutzbehörde EPA behandelt in keiner Weise die Auswirkungen von Klima. Alle vier Mitglieder der Kongressdelegation aus Maine unterstützen nationale Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen und US Senatorin Olympia Snowe, eine Republikanerin, sagte Dienstag in einer schriftlichen Stellungnahme, dass sie dem Bundesstaat zur Verabschiedung des Gesetzes Beifall spende. (...)

Sen. Susan Collins, auch Republikanerin, gibt in einer schriftlichen Aussage kund, dass "die Klimaänderung eine ernste und wachsende Bedrohung ist. Das wichtigste, das wir tun können, um die Klimaänderung zu bekämpfen, ist es, reale Schritte zur Emissionsminderung von Treibhausgasen zu unternehmen. (...)"

7. BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER

„An Eurem Newsletter überzeugt mich immer wieder die gelungene Mischung aus wissenschaftlichen Forschungsergebnissen und aktueller politischer Diskussion!“ (F.K. aus Passau)

„Vielen Dank für die wertvollen Informationen, die ich für meine Diplomarbeit gut verwenden konnte.“ (C.H. aus Wolfratshausen)

8. JOBS

Leiterin/Leiter der Projektteilung gesucht

Das Grüne Emissionshaus gehört zu den führenden Anbietern von Windenergiefonds in Deutschland und hat 24 Mitarbeiter. Unsere Beteiligungsangebote werden von einem jungen, motivierten Team konzipiert und über Banken sowie ausgewählte Finanzdienstleister vermarktet. Derzeit betreiben wir elf Windparks, die insgesamt weit über 100.000 Haushalte mit umweltfreundlichen Strom versorgen können. Seit einiger Zeit entwickeln und akquirieren wir Windparkstandorte auch im europäischen Ausland und sichern so den nachhaltigen Erfolg unseres Unternehmens.

Wir suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/einen Leiterin/Leiter der Projektteilung

Das erwartet Sie:

Als Leiter(in) der Projektteilung des Grünen Emissionshauses besetzen Sie eine der zentralen Führungspositionen in unserem Haus und haben deshalb weitreichenden Einfluss auf den wirtschaftlichen Erfolg unseres Unternehmens. Ihre Verantwortung erstreckt sich von der Akquise eines baureifen Windenergieprojekts über dessen Prüfung und Finanzierung bis hin zur Prospekterstellung. Dabei prüfen und verhandeln Sie Verträge mit Generalunternehmern, Anlagenherstellern oder Banken, führen und koordinieren die Mitarbeiter der Abteilung und stellen sicher, dass die Finanzierungskonzepte solide ausgearbeitet sind. Da wir unsere Aktivitäten auf andere europäische Staaten ausgedehnt haben, werden Sie außerdem zunehmend Kontakt mit ausländischen Geschäftspartnern haben.

Das erwarten wir

- Kaufmännische oder juristische Ausbildung
- Mehrjährige Berufserfahrung in der Projektprüfung und –finanzierung, idealerweise bei einer Bank
- Führungserfahrung
- Kommunikationsstärke verbunden mit Freude an der Akquisition
- Verhandlungssicherheit
- Verständnis rechtlicher Zusammenhänge
- Gute Kenntnisse der Office-Programme, insbesondere Excel
- Fremdsprachenkenntnisse, insbesondere

Englisch

- Die Fähigkeit, auch in Stresssituationen die Übersicht zu behalten.

Das Grüne Emissionshaus will mit seiner Arbeit zum Ausbau der erneuerbaren Energien und damit zu einer nachhaltigen Energieversorgung beitragen. Dieses Ziel motiviert unsere Mitarbeiter und ist Grundlage für unsere unternehmerischen Aktivitäten. Wenn auch Sie sich für die Nutzung von Wind, Wasser und Sonne begeistern können und eine verantwortungsvolle Aufgabe übernehmen wollen, freuen wir uns auf Ihre Bewerbung. Freuen Sie sich auf einen angenehmen Arbeitsplatz in einer reizvollen Stadt und eine leistungsgerechte Bezahlung.

Das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung GmbH, Berlin, sucht im Bereich "Umweltpolitik und -ökonomie" eine(n) PraktikantIn

Wissenschaftliche Schwerpunkte des Forschungsfeldes liegen in den Themenbereichen, umweltpolitische Instrumente und Steuerungsformen, ökologischer Strukturwandel, Nachhaltigkeit und Innovation, Aspekte der Globalisierung sowie ökologisch-ökonomische Bewertung. Der Schwerpunkt der Tätigkeit liegt in der Mitarbeit in aktuellen Forschungsprojekten zu den Themen Ökologische Innovationspolitik sowie Ökologische Finanzreform.

Gewünschte Fähigkeiten: Vorkenntnisse (mindestens Vordiplom) in Wirtschafts- oder Politikwissenschaften, Interesse an ökologischen Fragestellungen, erste Erfahrungen mit empirischer Arbeit, Kreativität und schnelle Auffassungsgabe, Computerkenntnisse Standardanwendungen, gute Englischkenntnisse.

Das Praktikum wird mit 256,- Euro/ Monat vergütet. Die Dauer sollte mindestens 2 bis 3 Monate betragen, gerne auch länger. Beginn ab November 2003.

Bitte kurze schriftliche oder E-Mail Bewerbung an IÖW, FF2, Jesko Hirschfeld, Potsdamer Str. 105, 10785 Berlin, <mailto:Jesko.Hirschfeld@ioew.de>

Praktikum im GTZ-Pilotvorhaben Umweltpolitik und Förderung von Strategieprozessen für nachhaltige Entwicklung (Rioplus)

Das GTZ-Pilotvorhaben Rioplus hat zwei Arbeitsschwerpunkte:

Wir unterstützen das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) beim Folgeprozess zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung (WSSD), der im August/September 2002 in Johannesburg stattgefunden hat, sowie bei strategischen Fragen globaler Umweltpolitik.

Wir leisten konzeptionelle und praktische Beiträge zur Förderung von Nachhaltigkeitsstrategien in Entwicklungsländern (z.B. Honduras, Peru, Senegal, Vietnam und Tunesien) und fördern die Verankerung entsprechender Beratungskonzepte in Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf den Themenbereichen:

- Integration von Umweltaspekten in Armutsminderungsstrategien (PRSP),
- (Wirkungs-) Monitoring
- Strategische Umweltprüfung
- Verhandlungs- und Konfliktlösungsmechanismen
- Mobilisierung finanzieller Ressourcen für Strategieprozesse
- Kommunikation und Bewusstseinsbildung

Im Rahmen unserer Projektstätigkeit bieten wir folgende Praktika an: Standort: Bonn, Zeitraum: jeweils mindestens zwei Monate für Zeiträume von November 2003 bis Ende 2004 (drei oder vier Monate vorteilhaft)

Praktikumsvergütung: 512 Euro / Monat

Aufgaben (z.B.):

- Erarbeitung kleinerer Studien zu ausgewählten Aspekten von
- Nachhaltigkeitsstrategieprozessen
- Vorbereitung und Verfassen von Kurzstellungnahmen
- Unterstützung bei Produktentwicklung und -hinterlegung
- Erstellung von Handouts und Präsentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit
- Weiterentwicklung der Projektwebsiteprozessen
- Mitarbeit bei der Erstellung eines Trainingskonzepts
- Vorbereitung von Workshops
- Teilnahme an und Berichte über ausgewählte Workshops und/oder Tagungen
- Recherchetätigkeiten (v.a. im Internet)

- administrative und organisatorische Aufgaben

Anforderungsprofil:

- abgeschlossenes Grundstudium (Pol.-Wiss., Soziologie, Geographie, VWL, Jura, Regional Wiss.Agrarökonomie)
- gute mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- gute Englisch und Spanisch- oder Französischkenntnisse
- gute PC Kenntnisse (v.a. Word, Powerpoint, Internet)
- Beschäftigung mit entwicklungspolitischen Fragestellungen
- möglichst Erfahrungen im nicht-europäischen Ausland

Bewerbungsfrist: Bewerbungen (unter Angabe der präferierten Praktikumszeiträume) bis 22. August 2003 an Vereinigung für Ökologische Wirtschaftsforschung (VOEW) e.V., Potsdamer Strasse 105, 10785 Berlin, Fon: +49-30- 8851800, Fax: +49-30-8825439, <mailto:info@voew.de>

„Projektmanager bei ECOFYS gesucht“

ECOFYS is a leading company in the market of Renewable Energy and Energy Saving with offices in The Netherlands, Germany, England, Spain, Poland and Brussels. With approximately 200 employees Ecofys develops projects and products, carries out research and is an important consultant in the market of Renewable Energy. The department Energy and Environmental Policies of Ecofys Germany is active in the field of consultancy services on climate change issues and has an opening for the following position Project Manager - Climate Policy (m/f).

We are looking for a young professional to support our research and consultancy activities in the area of climate policy.

Our consultancy services on climate change issues are valued by a broad range of clients in international organisations, national governments and agencies, environmental NGOs, industry associations and large companies. Also see: <http://www.ecofys.com/climate> for an overview of our work.

Main task of the project manager is the implementation, management and acquisition of research and

consultancy projects. The project manager will build and maintain expertise on one or more thematic fields of interest, such as the international climate negotiations under the UNFCCC, the Kioto Mechanisms and the European emission trading system. Furthermore, he or she will be involved in consultancy activities for our broad range of clients, making full use of the broad expertise within Ecofys and its sister- and daughter companies throughout Europe.

We are looking for a creative, enthusiastic and energetic person with

- The strive to provide real-world solutions
- Strong proven interest in the policy, the economics and the science of climate change
- A good understanding of a broad range of energy technologies and industrial processes
- First experience in co-ordinating international teams and projects
- First experience in project acquisition
- A university degree in science or engineering
- Excellent language skills in English and German
- Good communication and writing skills

In addition to exciting and challenging assignments, Ecofys offers a pleasant, informal working environment, the unique combination of a commercial business with the mission of "sustainable energy supply for everyone", a good salary and secondary employment conditions (including the possibility to work part time).

For further information, please contact Mr. N. Höhne (+ 49 221 510 907 41).

If you are interested to work for us and meet our requirements, please send your application and CV to: Ecofys GmbH, Niklas Höhne, Eupener Strasse 59, D-50993 Cologne, Germany, or <mailto:recruiting2003@ecofys.de>

Wiss. Mitarbeiter/in gesucht im Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung

Das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) GmbH gehört zu den führenden Forschungseinrichtungen im Bereich des nachhaltigen Wirtschaftens. Für die Mitarbeit an drittmittelfinanzier-

ten Forschungsprojekten im Themenbereich "Nachhaltige Energiewirtschaft und Klimaschutz", insbes. zu den Wirkungen des Erneuerbare – Energien - Gesetzes, suchen wir für unser Berliner Büro baldmöglichst eine/n

wissenschaftliche/n Mitarbeiter/in (3/4 Stelle BAT II a/III)

Ihr Profil:

- abgeschlossenes Hochschulstudium (vorzugsweise Ökonomie, Wirtschaftsingenieurwesen, Energietechnik oder Politologie)
- fundierte Kenntnisse des Themenbereichs Erneuerbare Energien und ihrer Förderinstrumente
- Fähigkeit zur Durchführung empirisch orientierter Fallstudien
- Gute Englischkenntnisse, selbständige Arbeitsweise, Teamfähigkeit

Erfahrungen mit der Bearbeitung und Akquise von Drittmittelprojekten wären wünschenswert.

Die Stelle ist zunächst auf ein Jahr befristet, eine dauerhafte Mitarbeit wird angestrebt. Das IÖW bemüht sich um die Erhöhung seines Frauenanteils und fordert daher Frauen ausdrücklich zur Bewerbung auf Bewerbungen bitte bis zum 29. 08 .2003 an das IÖW, Potsdamer Str. 105, 10785 Berlin, z.H. Thomas Korbun.

<http://www.ioew.de/home/stellen.html>

Praktikum im Bereich Ökologische Unternehmenspolitik

Das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) GmbH führt im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie das Projekt **Nachhaltigkeitseffekte durch Herstellung und Anwendung nanotechnologischer Produkte** durch. Wir suchen ab sofort eine/n Praktikant/in, die/der uns bei der Durchführung des Projektes ca. drei Monate lang unterstützt. Das Aufgabenspektrum umfasst die folgenden Punkte:

- Internet- und Literaturrecherchen
- Verfahrensbeschreibungen und ökologische Bewertungen
- Kontaktaufnahme zu Unternehmen
- Durchführung von Telefoninterviews
- Erfassung und Auswertung von Fragebögen
- Auswertung von Interviews

Wir möchten insbesondere solche Interessent/innen

ansprechen, die Kenntnisse bzw. technisches Verständnis für nanotechnologische Verfahren sowie ökologische Bewertungsfragen haben. Notwendig sind gute Englischkenntnisse sowie gute Fähigkeiten im Umgang mit EDV-Standardanwendungen wie Excel, Word, Netscape bzw. Microsoft Internet Explorer.

Wir bieten Ihnen eine gleitende Arbeitszeit und eine Aufwandsentschädigung von 256 Euro/Monat bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 38,5 Stunden.

Bitte senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen (Kurzlebenslauf, Studienfach, Zeugnisse) an Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), z.H. Michael Steinfeldt, Potsdamer Str. 105, 10785 Berlin
Tel.: 030/884 59 4-18, <mailto:Michael.Steinfeldt@ioew.de>

Praktikum im Bereich Ökologische Unternehmenspolitik

Das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) GmbH führt gefördert durch das Land Baden-Württemberg das Projekt

Ökologische Zielfindung im Rahmen des Umweltmanagements durch.

Wir suchen ab August 2003 eine/n Praktikant/in, der/die uns bei der Durchführung des Projektes

mindestens zwei Monate lang unterstützt.

Das Aufgabenspektrum umfasst die folgenden

Punkte:

Projektbezogene Recherchen (Literatur, Internet, Telefon)

- Auswertung von Umwelterklärungen und betrieblichen Umweltbilanzen
- Recherche und Zusammenfassung regionaler, nationaler und internationaler Umweltdaten, -indikatoren und -ziele sowie
- Unterstützung bei der Erstellung von Projektberichten bzw. Präsentationen

Wir möchten insbesondere solche Interessent/innen ansprechen, die bereits über Kenntnisse in Ökologie und betrieblichem Umweltschutz verfügen. Notwendig sind gute Fähigkeiten im Umgang mit EDV-Standardanwendungen wie Excel, Word, Powerpoint.

Es wird eine Aufwandsentschädigung von 256 € pro Monat bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 38,5 Stunden gezahlt.

Bitte senden sie Ihre Bewerbungsunterlagen (Kurzlebenslauf, Studienfach, Zeugnisse) bis zum 30. Juni 2003 an das IÖW, Potsdamer Str. 105, 10785 Berlin, z.H. Kathrin Ankele.

<mailto:Kathrin.Ankele@ioew.de>

9. LINKS UND PUBLIKATIONEN

Die Ökologische Steuerreform ist effektiver Umweltschutz

Auf der Homepage des Bundesfinanzministeriums ist eine Broschüre zum Thema „Die Ökologische Steuerreform ist effektiver Umweltschutz“ zu finden. Unter anderem werden Themen wie Steuerliche Begünstigungen durch die Ökosteuer, Energiepartipps und die Verwendung des Ökosteueraufkommens behandelt.

<http://www.bundesfinanzministerium.de/Anlage17830/Die-ökologische-Steuerreform-ist-effektiver-Umweltschutz.pdf>

Ökologische Steuerreform: Drucksachen und Plenarprotokolle der 14. und 15. Wahlperiode des Deutschen Bundestages

Die Drucksachen und Plenarprotokolle des Deut-

schen Bundestags bieten viele Hintergrundinformationen zur ökologischen Steuerreform und/oder damit im Zusammenhang stehende Themen. Die Übersichten I bis IV listen die Drucksachen und Plenarprotokolle der 14. und 15. Wahlperiode des Deutschen Bundestags nach ihrer laufenden Nummer wie folgt auf:

Übersicht I: Alle parlamentarischen Vorgänge außer Fragen / Anfragen

Übersicht II: Fragen für die Fragestunde, Schriftliche Fragen

Übersicht III: Anfragen an die Bundesregierung / Antworten der Bundesregierung

Übersicht IV: Plenarprotokolle

Die Übersichten wurden gerade aktualisiert. Die einzelnen Bundestagsdrucksachen und Plenarprotokolle können unter der Internetadresse des Deutschen Bundestags heruntergeladen werden:

<http://dip.bundestag.de/parfors/parfors.htm>

Die Förderung des Umweltschutzes im Deutschen Abgabenrecht

Das Bundesfinanzministerium hat mit Unterstützung des Bundesumweltministeriums eine Broschüre mit dem Titel „Die Förderung des Umweltschutzes im Deutschen Abgabenrecht“ herausgegeben. In ihr werden sämtliche steuerlichen und abgaberechtlichen Förderungen des Umweltschutzes in detaillierter Weise, meist mit Angabe ihrer ökologischen Wirkung beschrieben.

Zum Inhalt: „Im Umweltbereich sind staatliche Eingriffe geboten wenn, privatwirtschaftliches Handeln spürbare externe Effekte auslöst, die über Marktprozesse nicht internalisiert werden. Ohne entsprechende staatliche Aktivitäten bestünde die Gefahr, dass die Umwelt durch privatwirtschaftliches Produktions -und Konsumverhalten über das volkswirtschaftliche Maß hinaus genutzt wird. Um die Einbeziehung von negativen externen Umwelteffekten in die Kostenrechnung der Betriebe und in die Konsumplanung der Haushalte zu erreichen, stehen verschiedene Instrumente zur Verfügung.“

Die Broschüre kann herunter geladen werden unter: <http://www.bundesfinanzministerium.de/Finanz-und-Wirtschaftspolitik/Finanzpolitik-442.1349/Artikel/.htm>

Die Solargeneration: Sonne . Macht Strom . Schafft Arbeitsplätze

Am 18. Juli startete die Webseite <http://www.solargeneration.de> zeitgleich mit der Auftaktaktion in München zu der neuen SolarGeneration – Jugendkampagne von Greenpeace. Bei SolarGeneration dreht sich alles um die erneuerbaren Energien. Alle Formen dieser Energien (Sonnen-, Wind-, Bio-, Wasserenergie oder die Erdwärme) müssen in Zukunft stärker genutzt werden. Deutschland hat sich zur Erfüllung internationaler Abkommen Ziele für den Klimaschutz gesetzt, die nur durch den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien erreicht werden können. Was alles geht, zeigt die Greenpeace-Jugend mit einer vom Umweltbundesamt in Auftrag gegebenen Studie.

„Die Sonne kocht auch nur mit Wasser, die soll sich nicht so aufspielen, die gelbe Sau!“, singt unsterblich der seltsame Peter Licht. Greenpeace hätten zu dieser These wohl noch einige Anmerkungen. Vor einer Woche hat die Umweltbewegung das Projekt

„Solargeneration“ gestartet. Ziel dieser Solargeneration ist es, eine Energieversorgung voranzutreiben, die die Sonne als Basis hat. Dass es dabei nicht nur um Umweltschutz geht, wollen die Greenpeace-Aktiven auf Tour mit ihrem ActionTruck klar machen. Dort erfährt man nämlich von der Existenz eines „SolArbeitsamts“, denn die neuen Energien sollen ja auch jede Menge neuer Jobs bringen. Außerdem gibt es eine Praktikumsbörse, Anleitung zum Bauen von Solaranlagen und allerlei knuffiges Know - How rund um die Sonnenenergie. Die Tour der Solargeneration wird auch von Bands wie Realdymade unterstützt und macht in den nächsten Wochen irgendwo in eurer Nähe Station.

Die SolarGeneration ist international: Gleichaltrige überall auf der Welt setzen Projekte zusammen durch. So zeigen in München Jugendliche von Greenpeace Schweiz, die in ihrem Land mit Schulklassen und Pfadfindern Solaranlagen montieren, wie Warmwasserkollektoren hergestellt werden. Die Jugendlichen können sich bei SolarGeneration auch im Ausland engagieren. Ein erstes Projekt ist in Thailand geplant.

Weitere Informationen: <http://www.solargeneration.de>

„renewables 2004“- Webseite geht an den Start

Im Juni kommenden Jahres dreht sich in Deutschland alles um erneuerbare Energien: Bundeskanzler Gerhard Schröder hat auf dem Weltgipfel in Johannesburg im vergangenen August zu einer internationalen Konferenz nach Bonn eingeladen. Die Internetseite zu „renewables 2004“ ist bereits online. Hier finden Interessierte ab sofort alle wichtigen Infos, Daten und Fakten zur Konferenz und zu Veranstaltungen, die im internationalen Kontext für das Thema Erneuerbare Energien und Entwicklung relevant sind. Die Website soll als wichtige Informationsplattform der Konferenz dienen. Vorbereitende Dokumente zur Konferenz werden hier veröffentlicht und diskutiert. Die Seite zur Konferenz finden Sie unter <http://www.renewables2004.de>

Futureforests: der Versuch CO₂-Emissionen auszugleichen

Future Forests is a UK-based company with a global vision: to protect the earth's climate. We recognise that to some degree we all contribute to global warming - but also that we can all do some-

thing to slow it down. That's why we make it quick and easy for people and companies to find out how much carbon dioxide they produce; to provide them with straightforward ways of reducing those emissions, and interesting options for 'neutralising' what can't be reduced.

We have our Head Office in London, a global network, and an international group of partners. Our clients include Avis Europe, Hilton, Barclays Bank, MTV, O2, St Luke's, The World Summit, Business in the Community, Damien Hirst, The Brit Awards, The Pet Shop Boys, and thousands and thousands of individuals who have bought Carbon Neutral products and services from us.

Die Seite finden Sie unter
<http://www.futureforests.com/>

Datenbank „Energiesparende Geräte“

Die Datenbank „Energiesparende Geräte“ unterstützt Verbraucher und Einkäufer bei der Auswahl von effizienten Elektrogeräten. Effiziente Geräte können besonders hervorgehoben werden. Zur Zeit sind mehr als 4.700 Geräte in der Datenbank gespeichert, die mit einer komfortablen Suchfunktion nach bestimmten Gerätetypen bzw. Herstellern ausgewählt werden können. Die Suchergebnisse können anschließend herunter geladen werden. Für Haushaltsgeräte kann sich der Besucher die jährliche Energieeinsparung gegenüber marktgängigen Geräten anzeigen lassen. Händlern bietet die Datenbank einen speziellen Service für die Herausstellung effizienter Geräte.

Mit dem Projekt, das die Europäische Kommission unterstützt, soll der Energieverbrauch von Elektrogeräten in Haushalten und Kleinverbrauch langfristig gesenkt und damit ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz in Europa geleistet werden.

<http://www.energiesparende-geraete.de>

Neue Ausgabe des Online-Magazins "Wuppertal Bulletin"

International im Blick sind Chinas Umweltpolitik, Dänemarks Regulierung industrieller Klimagase, Australiens Umgang mit Kühlmitteln, der US-Protektionismus bei Kleinlastern, die City-Maut in London und die Globale Umweltfazität. Zum Thema Ökosteuer werden Hintergrund und Inhalt des Ecofin - Beschlusses dargestellt, von einem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht be-

richtet und ein Papier des BMU vorgestellt. Im Bereich Verkehr geht es um einen EU-Vorschlag gegen "steuerinduzierte Umwegfahrten" von LKW, um Subventionen der Fliegerei in Deutschland und die Frage, ob es eine Trendwende beim Autofahren gibt. Ein Beitrag fragt, wo Finanzdienstleister auf dem Weg zur Nachhaltigkeit stehen.

Download: <http://www.wupperinst.org/wuppertal-bulletin/index.html>

The Australian Greenhouse Office

Die Homepage bietet einen einzigartigen Überblick über die erneuerbare Energien-Standorte in Australien. Die Übersichtskarten basieren auf öffentlich zugänglichen Daten und zeigen die Standorte von erneuerbare Energien-Anlagen mit **Kapazitäten über 3 KW**. Deutlich am stärksten ist bislang die gesamte Südostküste des Kontinents. Kein Wunder also, dass in anderen Regionen Aufholbedarf besteht!

<http://www.agso.gov.au/renewable/>

Energy Balances of OECD Countries: 2000/2001 - 2003 Edition

This volume contains data on the supply and consumption of coal, oil, gas, electricity, heat, renewables and waste presented as comprehensive energy balances expressed in million tonnes of oil equivalent. Historical tables summarise production, trade and final consumption data as well as key energy and economic indicators. The book also includes definitions of products and flows, explanatory notes on the individual country data and conversion factors from original units to tonnes of oil equivalent. Now available in paperback and/or PDF E-Book from the Online Bookshop:

<http://oecdpublications.gfi-nb.com/cgi-bin/OECDBookShop.storefront/175300361/Product/View/612003143P1>

Now available online (PDF) from Source OECD Energy (for subscribing institutions):

http://www.sourceoecd.org/content/templates/co/co_main.htm?comm=energy

Geld vom Staat fürs Energiesparen

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) hat in Zusammenarbeit mit BINE Informationsdienst ein Broschüre zu Energieförderprogrammen in Deutschland veröf-

fentlicht. Basierend auf der von BINE erstellten Datenbank FISKUS werden ca. 400 Förderprogramme von EU, Bund, Ländern, Kommunen und Energieversorgern mit Stand Mai 2003 kurz vorgestellt. Die 83-seitige Broschüre ermöglicht einen schnellen Überblick über Fördermittel für Energiesparmaßnahmen.

Die rasche und komfortable Suche nach den richtigen Fördergeldern bietet FISKUS. Die Datenbank FISKUS ist ein Informationssystem auf CD-ROM zu öffentlichen Förderprogrammen zur Energieeinsparung und erneuerbaren Energien. Aktuelle Programmänderungen werden zweimal pro Monat per

E-Mail an die Kunden versendet. Per Mausklick stehen die genauen Förderkonditionen und Hinweise für die Antragsstellung zur Verfügung. Neben Besonderheiten der Förderprogramme findet man auch Antragsformulare, Merkblätter und Richtlinienexte im PDF -Format.

Sie können die Broschüre downloaden unter: http://www.bmu.de/files/geld_energiesparen.pdf

Weitere Infos:

http://www.bine.info/news_archiv.php/bine_news/149/link=clicked/

10. VERANSTALTUNGEN

29.08. - 31.08. 2003, Wörthersee: Bären-taler Umweltgespräche

Das Seminar wird veranstaltet von der Freiheitlichen Akademie zum Thema Ökologische Steuerreform.

Unterbringung auf der Klagenfurter Hütte, eigener Aufstieg erforderlich.

Teilnahmegebühr für das gesamte Seminar (inkl. Nächtigung und Verpflegung): € 70,-

Aufgrund der begrenzten Schlafplätze ist eine **Anmeldung unbedingt notwendig** und ist erst gültig, wenn sie von der Freiheitlichen Akademie schriftlich und telefonisch bestätigt wurde.

Anmeldeschluss: **22. August 2003**

Anmeldung und nähere Informationen

<mailto:Sivia.scherz@fpoe.de>

02.09. – 05.09.2003, Jyväskylä, Finnland: Bioenergy 2003

Topics of this conference are Bioenergy in the Nordic and EU Countries; Bioenergy Policy and Strategy, Legislation; Bioenergy Business in the Nordic Countries; Local and National Programmes; Financial and Market Instruments; Administration, Services; R&D results; Bioenergy Technologies and Management; Green Values and Certificates; Information and Training.

Weitere Informationen:

<http://www.finbioenergy.fi/bioenergy2003/>

11.09.2003, Berlin: Von der sozialen Marktwirtschaft zur ökologisch-sozialen Marktwirtschaft

Veranstaltung der Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V. und des Fördervereins Ökologische Steuerreform zum „Tag der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft“ im Umweltbundesamt.

Anmeldungen an: Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V., Bonn, Geschäftsstelle: Siemensring 54, 76761 Rülzheim, Tel. 07272/3648 Fax

07272/76612, <mailto:Stiftung-fuer-Oekologie-u-Demo@t-online.de>, <http://www.stiftung-oekologie-u-demokratie.de>

Programm

9.30 Uhr **Begrüßung, Grußworte**

- Hans-Joachim Ritter, Vorsitzender der Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V.
- Dr. Anselm Görres, Vorsitzender des Fördervereins *Ökologische Steuerreform (FÖS)*
- Dr. Hans-Jürgen Nantke, Leiter des Fachbereichs I, Umweltbundesamt, Berlin

10.00 Uhr **"Die ökologisch-soziale Marktwirtschaft muss Ziel unseres Staates werden"** Ernst Ulrich von Weizsäcker, MdB

10.30 Uhr **Kaffeepause**

11.00 Uhr **"Die Ökosoziale Marktwirtschaft als**

- Konsensmodell für das 21. Jahrhundert“** Dr. Josef Riegler, Vizekan­zler a.D. der Republik Österreich, Dipl.-Ing., Präsident des Ökosozialen Forums Österreich
- 11.30 Uhr **„Die ökologische Steuerreform – der Schlüssel zur Senkung der Lohnnebenkosten“**
Dr. Anselm Görres, Vorsitzender des Fördervereins *Ökologische Steuerreform (FÖS)*
- 12.00 Uhr **„Die Ökologische Steuerreform in Europa – aktueller Stand“**
Kai Schlegelmilch, Referent für Klimaschutz und Ökologische Steuerreform, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Berlin
- 12.30 Uhr **„Vom Umweltschutz als Reparaturbetrieb unserer Industriegesellschaft zur ökologisch- sozialen Marktwirtschaft“**
Prof. Dr. Heinrich Freiherr von Lersner, Präsident a.D., Berlin
- 13.00 Uhr **Gemeinsames Mittagessen**
- 14.00 Uhr **„Globale marktwirtschaftliche Lösungsansätze zum Klimaschutz nach der Internationalen Umweltkonferenz von Johannesburg N.N., wissenschaftliche Referentin, Ökonomie Research**
- Analyst, Economy, wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) – German Advisory Council on Global Change, Berlin
- 15.00 Uhr **„Die Ökologische Steuerreform – Beginn einer umfassenden ökologischen Finanzreform“**
Dr. Gerhard Timm, BUND-Bundesgeschäftsführer, Berlin
- 15.30 Uhr **Kaffeepause**
- 16.00 Uhr **Podiumsdiskussion unter Einbezug des Publikums zum Thema: "Konkrete Schritte zur Realisierung einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft durch Ökologische Steuerreform, Emissionshandel und freiwillige Vereinbarungen“** mit
Mathias Berkel, Unternehmer, Pfälzische Spritfabrik Berkel,
Ludwigshafen Prof. Dr. Hans Christoph

Dr. Anselm Görres, Vorsitzender des Fördervereins *Ökologische Steuerreform (FÖS)*

Prof. Dr. Heinrich von Lersner, Präsident a.D., Berlin

Dr. Rainer Matejka, Präsident des Deutschen Naturheilbundes

Oswald Metzger, Botschafter der Initiative *Neue Soziale Marktwirtschaft*

Kai Schlegelmilch, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Berlin

Diskussionsleitung: Hans-Joachim Ritter, Vorsitzender der Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V.

17.30 Uhr **Tagungsende**

Teilnahmegebühr (einschließlich Mittagessen und Kaffee): 50,- Euro

11.09. – 12.09.2003, Graz: Workshop „Extreme Wetterereignisse: Ereignisse und Auswege für betroffene österreichische Wirtschaftssektoren“

Anhand dieses Workshops werden die wirtschaftlichen Auswirkungen extremer Wetterereignisse analysiert für die Sektoren

- Land- und Forstwirtschaft
- Dienstleistungen (insbesondere Tourismus, Gesundheitsversorgung und Versicherung)
- Infrastruktur (insbesondere Energiewirtschaft und Verkehr).

Dieser Workshop ist Teil einer von der österreichischen Bundesregierung mit weiteren PartnerInnen gestarteten Forschungsinitiative zum Themenbereich "extreme Wetterereignisse und Klimawandel" Nähere Informationen zum Programm und Anmeldung unter: <http://www.hdp-a.at>

18.09. – 19.09.2003, Augsburg: 3. Internationale Kongressmesse für Holzenergie

Themen u.a.: Welche Auswirkungen wird die Novellierung des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) auf den biogenen Strommarkt haben? Welche Möglichkeiten der Förderung des biogenen Wärmemarktes gibt es?

Begleitet wird die Veranstaltung von der gleichnamigen Fachmesse vom 18. – 21. 09, auf welcher in-

novative Technologien besichtigt und wichtige Kontakte geknüpft werden können.

Veranstalter: Bundesverband BioEnergie e.V. (BBE), Godesberger Allee 142-148, 53175 Bonn, <mailto:info@bioenergie.de>, <http://www.bioenergie.de>

19.09. - 21. 09.2003, Loccum: Nachhaltige Vorsorge

Die Bundesregierung hat einen Rat für Nachhaltige Entwicklung eingesetzt, der Vorschläge auf seiner Jahrestagung Anfang Oktober der Öffentlichkeit vorstellen wird.

An den Beratungen sind neben Politik, Wirtschaft und Wissenschaft auch die Kirchen beteiligt. Ihre theologisch begründete Sichtweise fragt nach den gerechten Beziehungen und verantwortbarer Freiheit im Umgang mit der von Gott anvertrauten Schöpfung. Ist dies anschlussfähig im "säkularen" Diskurs?

Ziel der Tagung in der Evangelischen Akademie Loccum ist, gesellschaftlich konsensfähige, ethische Orientierung hervorzuheben, die nachhaltiges Handeln anzuleiten vermögen. Sie dient so der Reflexion langfristig zukunftsfähiger Perspektiven.

Weitere Informationen: <http://www.loccum.de>

22. 09.2003, Berlin: Nachhaltige Mobilität

Allianz pro Schiene-Veranstaltung mit Jürgen Trittin und Hartmut Mehdorn in der Akademie der Wissenschaften, Berlin

Das Programm:

- 9.00 Uhr Begrüßung durch Norbert Hansen, Vorsitzender der Allianz pro Schiene
 - 9.10 Uhr Verkehrsträger im Umweltvergleich: Richard Mergner, BUND, Vorstandsglied der Allianz pro Schiene
 - 9.25 Uhr Erfolge und Handlungsbedarf aus Sicht der Deutschen Bahn: Hartmut Mehdorn, Vorstandsvorsitzender der DB AG
 - 9.45 Uhr Erfolge und Handlungsbedarf aus Sicht des Umweltministeriums: Jürgen Trittin, Bundesumweltminister.
 - 10:05 Uhr Fragen an das Podium
 - 10.30 Uhr Empfang mit Imbiss
- Eine Anmeldung ist erforderlich (bitte bis zum 5.9.03) <mailto:info@allianz-pro-schiene.de>

22.09. – 25.09.2003, Potsdam: 6. Deutsche Klimatagung

Thema: Klimavariabilität- Klima von gestern, Grundlagen für heute

Anmeldung bis 31.Juli. Nähere Informationen unter: <http://www.pik-potsdam.de/6dkt/>

28 .09. - 5.10.2003, deutschlandweit: Europäische Biomasse-Tage der Regionen

Institutionen und Firmen, die Biomasse nutzen oder erzeugen bzw. als Energiequelle oder Rohstoff erforschen, stellen in der Zeit vom 28. September bis 5. Oktober 2003 der Öffentlichkeit ihre Einrichtungen und Projekte vor.

Anfänglich lautete der Titel der Veranstaltung "Europäischer Biomassetag der Regionen", da sie nur an einem bestimmten Samstag bzw. Sonntag im Oktober stattfand. Ab dem Jahr 2002 wurde sie auf eine Woche ausgeweitet, in der die Projekte einen oder mehrere Tage für ihre Aktionen auswählen können. Ebenso sollen dadurch beispielsweise Schulklassen die Möglichkeit bekommen, am Werktag Projekte zu besuchen. Daher sprechen wir jetzt von den "Europäischen Biomasse-Tagen der Regionen".

Während dieser Tage werden dezentral an vielen Orten in Europa Firmen, Institutionen und Projekte, die Biomasse als Energiequelle oder Rohstoff nutzen oder sich mit deren Nutzungsmöglichkeiten beschäftigen, einen Tag der offenen Tür durchführen.

Weitere Informationen: <http://www.biomasse-tage.org/>

07.11. – 09.11.2003, Loccum: Energie und Antriebe für die Mobilität der Zukunft

Hochgespannte Erwartungen verbindet nicht nur die Volkswagen AG mit der in Kürze bevorstehenden Produktionsaufnahme von SunFuel, eines in ihrem Auftrag neu entwickelten Treibstoffs aus pflanzlicher Biomasse, der eine Reihe von technischen, ökologischen und ökonomischen Vorzügen auf sich vereinigen soll. Wie berechtigt sind solche Hoffnungen und welche industrie-, energie- und agrarpolitischen Perspektiven könnten sich eröffnen.

Veranstalter: Evangelische Akademie Loccum, Postfach 2158, 31545 Rehburg- Loccum,

Tel: 05766 – 810, <mailto:eam@evlka.de>,

<http://www.loccum.de>

11.11. – 14.11.2003, Wittenberg: Workshop "Business and Emissions Trading"

Dieser internationale Workshop richtet sich speziell an Nachwuchswissenschaftler [Habilitation(inn)en, Junior-/ Assistentenprofessor(inn)en, Leiter(inn)en von Forschergruppen, Post-/Doktorand(inn)en, PhD-Student(inn)en, PhD-Fellows].

Veranstalter des Workshops sind der Lehrstuhl für Betriebliches Umweltmanagement (Prof. Dr. H.-U. Zabel) und die Professur für Umweltökonomik (Prof. Dr. B. Hansjürgens) der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie die Arbeitsgruppe "OR im Umweltmanagement" in der Gesellschaft für Operations Research/GOR (Prof. Dr. P. Letmathe, Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre III: Umweltökonomie der Universität Siegen).

Die Teilnehmeranzahl ist auf maximal 20 Teilnehmerinnen/Teilnehmer begrenzt. Als Gastredner und Diskussionsteilnehmer konnten international renommierte Forscherinnen und Forscher gewonnen werden. Die Details können der Homepage des Lehrstuhls für Betriebliches Umweltmanagement der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (auf der Menüleiste links "Workshop Emissions Trading" anklicken) entnommen werden. Dort sind auch weitere Links und Informationen enthalten bzw. werden fortlaufend ergänzt:

<http://www.wiwi.uni-halle.de/lui/bwl/umwelt/>.

11.2. - 12.02.2004, Messe Essen: Internationaler Deutscher Wasserstoff Energietag 2004

Der Internationale Deutsche Wasserstoff Energietag ist der zweite seiner Art und wird drei Teile haben: Konferenzteil, Ausstellungsteil und „Wasserstoff für die Jugend“.

Tagungsinhalte

- Wasserstoffproduktionen, elektrolytisch, aus fossilen Energierohstoffen, aus Bio-

masse, CO₂-Sequestrierung, das CO₂-freie Kohlekraftwerk.

- Wasserstoffreformierung
- Wasserstoffspeicherung, -transport und -verteilung, Wasserstoffinfrastruktur, gasförmig, verflüssigt, Nanostrukturen, Hydride
- Wasserstoff Korridore
- Wasserstoffnutzung in Wärmekraftmaschinen, katalytisch, in Brennstoffzellen, portabel, stationär, mobil
- Die Wasserstoff-Energiewirtschaft, Industriestruktur, Finanzierung, gesellschaftliche Akzeptanz, internationale Implikationen, Sicherheit, Versorgungssicherheit, lifecycle-analysis
- Markteinführung von Wasserstoff
- Nationale/ Internationale Programme, Strategien, Wasserstoff-Wegweiser
- Energetische Nachhaltigkeit- der Weg ist das Ziel

Den Vorsitz der Tagungsleitung hat Prof. Dr.-Ing. Carl - Jochen Winter, Vice President for Europe, The Association for Hydrogen Energy.

Organisation: H2Congress.de, Am Technologiepark 1, 45307 Essen, Tel./ Phone +49 (0)205.172.1260, Fax +49 (0) 201.172.1779, <mailto:info@h2congress.de>, <http://www.h2congress.de>

06.2004, Bonn: Renewable Energy – International Conference For Renewable Energies

In June 2004 Germany will be hosting the International Conference for Renewable Energies. The Conference was announced by the Federal Chancellor Gerhard Schröder at the World Summit on Sustainable Development in Johannesburg in September 2002. More information can be found on the website <http://www.renewables2004.de>.

11. FÖS: IN EIGENER SACHE

Neue Ausgabe der GreenBudgetNews

Ende Juli ist die dritte Ausgabe unseres englischsprachigen Newsletters GreenBudgetNews erschie-

nen. Wir und unsere Kooperationspartner berichten über die Konferenzen in Sydney und Neuseeland, die neueste Entwicklung in der Emissionshandels-Diskussion und viele Neuigkeiten aus den einzelnen europäischen Ländern. Sie finden den Newsletter

unter

<http://www.foes-ev.de/2newsmit/newseng/GBN3.html>

oder

<http://www.eco-tax.info/2newsmit/newseng/GBN3.html>

Haben Sie eine neue Adresse oder Email?

Bitte denken Sie daran, uns neue Post- oder eMail-Adressen gleich mitzuteilen. Das Forschen nach korrekten email-Adressen oder Postanschriften, kostet uns viel Zeit und damit Geld. Außerdem können Sie so sicher sein, keine Ausgabe unseres Newsletters oder andere wichtige aktuelle Mitteilungen zu verpassen!

Hat Ihnen dieser Newsletter gefallen?

Das freut uns! Dann haben wir eine Bitte an Sie: Spenden Sie und/oder werden Sie Mitglied bei uns! Wie Sie wissen, ist der FÖS auf Spenden angewiesen. Insbesondere diejenigen unter Ihnen, die keine Mitglieder bei uns, aber zufrieden mit unserer Arbeit, bzw. den Mitteilungen/Newslettern sind, kön-

nen sich überlegen, ob sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen wollen. Wir wären Ihnen sehr dankbar! Die Bankverbindung: GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67, Konto 804 371 3000.

Noch mehr würden wir uns freuen, wenn Sie uns als Mitglied unterstützten. Der Beitrag beträgt 60 € für Förder- und 200 € für Aktivmitglieder. Ein Beitrittsformular finden Sie unter

<http://www.foes-ev.de/9kontakt/index.html>.

Wie kann der Newsletter noch besser werden?

Bitte schicken Sie uns Ihre Anregungen, Kritik, Wünsche und auch gerne Literatur-Hinweise oder Links, damit wir den Newsletter weiter verbessern können. Wenn Sie selbst einen Beitrag schreiben möchten, freuen wir uns sehr (<mailto:foes@foes-ev.de>).